

Demokratie braucht Rückenwind!

Jahresbericht der Amadeu Antonio Stiftung 2024

Inhaltsverzeichnis

Editorial	04
01. Wer wir sind	08
02. Warum wir handeln	16
03. Wie wir arbeiten:	
Die AMADEU ANTONIO STIFTUNG ...	
Unterstützt	24
Fördert	34
Forscht	50
Sorgt für Öffentlichkeit	59
04. Publikationen	66
05. Arbeitsschwerpunkte	70
06. Ausgezeichnet!	85
07. Wie wir unsere Arbeit finanzieren	90
08. Was Sie tun können	98

Solidarität und Zusammenhalt stärken!

Liebe*r
Leser*in,

Deutschland 2024: Jeder zehnte Mensch sieht den „Einfluss der Juden“ als zu hoch an. Rechtsextreme Straftaten nehmen im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 48 Prozent zu. Fünf Prozent der Deutschen weisen ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild auf.

2024 hat uns als Gesellschaft und Stiftung herausgefordert wie

kaum ein Jahr zuvor. Rechtsextreme Ansichten wurden von vielen als neue Normalität akzeptiert. Zivilgesellschaftliches Engagement stand vielerorts unter Druck. Besonders deutlich wurde dies bei den Landtagswahlen im Superwahljahr 2024 in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, wo rechtsextreme Parteien ihre Macht ausbauten. In vielen ostdeut-

schen Kommunen sind sie stärkste Kraft geworden und nutzen nun ihre Mehrheiten, um menschenfeindliche Politik durchzusetzen. Förderprogramme für Demokratieprojek-

te werden gezielt blockiert, Angriffe auf Büros und Einrichtungen von Demokrat*innen mehren sich.

Gleichzeitig gingen 2024 in ganz Deutschland über vier Millionen Menschen auf die Straße, um gegen Rechtsextremismus zu protestieren und zu zeigen: Die Solidarität ist in unserer Gesellschaft auch unter schwierigen Umständen lebendig. Trotz sehr realer Konfrontation mit einer Gewalttätigkeit, wie es sie seit den „Baseballschlägerjahren“ der 1990er nicht mehr gab, trotz Desinformation und politischer Angriffe konnte die Amadeu Antonio Stiftung helfen, zivilgesellschaftliches Engagement und damit unsere Demokratie zu schützen und zu stärken.

229 Kleinprojekte wurden durch die Projektförderung bundesweit unterstützt, darunter der „Happy Monday“ in Bautzen (Sachsen) und der erste Christopher Street Day in Sonneberg (Thüringen). 15 Veranstaltungen konnten nur deshalb überhaupt durchgeführt werden, weil die Amadeu Antonio Stiftung privaten Wachstumschutz organisierte.

Das digitale Tool „SwipeAway“ erreichte junge Menschen mit Methoden zur Entlarvung rechtsextremer Propaganda, auf Social Media startete die Kampagne #SagsDeinerMutter, um antifeministische Weltbilder infrage zu stellen. Auch 2024 hat die Amadeu Antonio Stiftung als Digitalpionierin die Bundesregierung beraten und stand mit verschiedenen digitalen Plattformen im Austausch, um Strategien gegen die Antidemokratische Internationale aus Musk, Trump, Putin und Konsorten auszuarbeiten.

Zur Korrelation von Sprache und Gewalt

Am 9. September 2024 brachte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Verschärfung der Migrationspolitik in den Deutschen Bundestag ein. Der Entwurf trägt den Namen „Zustrombegrenzungsgesetz“. Was ist das Problem daran, Tahera Ameer?

„Es ist rassistisch und entmenschlichend, auf diese Art und Weise über Menschen zu sprechen, sie als Naturkatastrophe, als gesichtslose Masse darzustellen. Die Wissenschaft hat mehrfach und erschöpfend belegt, dass auf rassistische Sprache rassistische Gewalt folgt. Wir haben Sprachanalysen zu den 1930er Jahren. Wir haben die Diskursanalysen von Siegfried Jäger aus den 1990ern. Wir haben in den Nullerjahren darüber gesprochen, wir haben in den Zehnerjahren darüber gesprochen, zuletzt 2014/15. In den letzten Jahren konnte man zunächst eine Sensibilisierung beobachten. Das scheint sich aktuell wieder ins Gegenteil zu verkehren. 2024 kann die CDU/CSU ein ‚Zustrombegrenzungsgesetz‘ fordern, und es ist kein Tabubruch. Damit ebnet der CDU-Chef und alle, die den Begriff unkritisch übernehmen, den Weg für gewalttätige Exzesse, wie wir sie in der Vergangenheit erlebt haben.“

Das Vorstandsteam
Timo Reinfrank,
Tahera Ameer und
Lars Repp



FOTO: Peter van Heesen

Die Amadeu Antonio Stiftung veranstaltete Workshops und Vernetzungstreffen wie den Fachtag „Opferschutz und Opferhilfe“ mit 150 Teilnehmenden und die Fachtagung des Kompetenznetzwerks KompRex unter der Schirmherrschaft der Sächsischen Sozialministerin Petra Köpping in Leipzig. Mit dem Gegenwind – Förderfonds für Ostdeutschland wurden die Tätigkeiten gegen Rechtsextremismus verstärkt. Die Amadeu Antonio Stiftung begleitete die politische und gesellschaftliche Entwicklung mit Wahlanalysen und zahlreichen Publikationen. Über den Opferfonds CURA und den Soforthilfefonds für Betroffene wurden auch 2024 Menschen direkt unterstützt, die von rechter Gewalt betroffen waren.

2025 ist ein Schicksalsjahr der Demokratie in Deutschland, in Europa und den USA. Bei den Bundestagswahlen wurden die Rechtsextremen zweitstärkste Kraft, und gleich am ersten Tag nach der Wahl trat die Unionsfraktion mit ihrer Kleinen Anfrage „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ eine Misstrauenskampagne gegen gemeinnützige Organisationen los, unter anderem gegen die Amadeu Antonio Stiftung. Umso wichtiger ist es, jenseits von staatlicher Förderung handlungsfähig zu sein und Partei für die Zivilgesellschaft ergreifen zu können.

Auch 2025 fördert die Amadeu Antonio Stiftung Projekte, die langfristig zivilgesellschaftliche Strukturen stärken, besonders in Regionen, in denen Rechtsextremismus vor-

herrscht. Sie lenkt die Aufmerksamkeit weiterhin auf Hass, Gewalt und Bedrohungen von Rechtsextremen, denen Menschen in ihrem täglichen Leben ausgesetzt sind. Demokratie lebt von Solidarität und Zusammenhalt. Diese Werte verteidigen wir nicht nur, sondern wir gestalten mit ihnen aktiv die demokratische Teilhabe.

Wir danken allen, die unsere Arbeit unterstützen, von Herzen – sei es durch Teilnahme an Angeboten, Mitarbeit oder Spenden. 2024 haben wir bewiesen, dass es möglich ist, Haltung zu zeigen und etwas zu bewegen. Mit Ihrer Unterstützung wird die Amadeu Antonio Stiftung auch 2025 entschlossen für eine demokratische Gesellschaft eintreten.

Ihre Solidarität gibt uns die Kraft, weiterzumachen – für eine Zukunft, in der Hass und Hetze keinen Platz haben! ●

*Tahera Ameer, Lars Repp
und Timo Reinfrank*



WER WIR SIND

„Wir müssen immer Partei ergreifen. Neutralität hilft den Unterdrückern, niemals den Opfern, Schweigen ermutigt die Peiniger, niemals die Gepeinigten.“

— ELIE WIESEL

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich seit ihrer Gründung für Demokratie ein, also gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von Diskriminierung und Gewalt. Denn Hass und Hetze brauchen Gegenwind. Die Gleichwertigkeit aller Menschen ist zwar im Grundgesetz festgeschrieben, doch ihre tatsächliche Umsetzung erfordert noch einen langen Weg. Deshalb arbeitet die Amadeu Antonio Stiftung ihrem Ziel mit vielfältigen Methoden und auf unterschiedlichen Ebenen entgegen. Von Beginn an steht sie dabei immer solidarisch an der Seite der Betroffenen. ●

Die AMADEU ANTONIO STIFTUNG ...

UNTERSTÜTZT Betroffene antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt, etwa mit dem Opferfonds CURA. Außerdem engagiert sich die Amadeu Antonio Stiftung dafür, dass die Perspektiven von Betroffenen oben auf der Agenda bleiben – ob auf der Straße oder im Bundestag. — SEITE 24

FÖRDERT bundesweit Projekte, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft stark machen, besonders im ländlichen Raum. — SEITE 34

FORSCHT zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Dieses Fachwissen fließt in Studien, Publikationen und Beratung, aber auch in konkrete Forderungen an die Politik ein. — SEITE 50

SORGT dafür, dass diese Themen in der Öffentlichkeit präsent sind: durch Pressearbeit, Social Media oder Artikel auf Belltower.News, der journalistischen Plattform der Amadeu Antonio Stiftung, aber auch durch pädagogische Arbeit und Bildung für Multiplikator*innen. — SEITE 60

Geschichte der Amadeu Antonio Stiftung

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich – so steht es in Artikel 3 unseres Grundgesetzes. Die Realität zeigt, dass dieser Grundsatz jeden Tag aufs Neue verteidigt werden muss. Die Amadeu Antonio Stiftung wurde mit der Vision einer Gesellschaft gegründet, in der Menschen ohne Angst verschieden sein können – einer Gesellschaft, die Hass, Rassismus und Antisemitismus klare Worte, aber vor allem entschlossene Taten entgegensetzt.

Die Stiftung wurde aber nicht nur aus einer Überzeugung heraus gegründet, sondern aus einer Notwendigkeit. Unser Namensgeber Amadeu Antonio wurde 1990 im

brandenburgischen Eberswalde von einem rassistischen Mob mit Baseballschlägern und Fußtritten ermordet. Der gebürtige Angolaner gilt als eines der ersten Opfer von rechter Gewalt in Deutschland nach der Wiedervereinigung. Sein Name jedoch steht nicht nur für den Mord an einem Einzelnen, er steht für eine ganze Serie rassistischer Gewalt, die in den 1990er Jahren viele Menschenleben forderte. Rassistische Vorfälle, Brandstiftung und 72 rechtsextrem motivierte Morde allein in den ersten fünf Jahren nach der Wiedervereinigung tat die Politik weitgehend als Einzelfälle ab, die mit der gesellschaftlichen Stimmung nichts zu tun

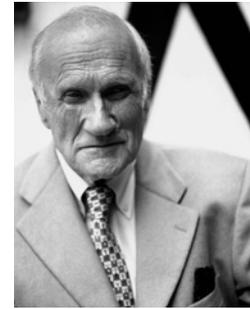
hätten. Wer sich gegen diese Haltung stellte, wurde oft als Nestbeschmutzer beschimpft.

Eine, die das nicht hinnehmen wollte, war Anetta Kahane. Als Journalistin und vormalige Ausländerbeauftragte von Ost-Berlin sah sie, wie die Belange ganzer Bevölkerungsgruppen übergangen und bei rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Mannheim-Schönau buchstäblich mit Füßen getreten wurden. Sie erkannte, dass eine unabhängige Organisation gebraucht wird, die sich für jene einsetzt, die sonst kaum Unterstützung erfahren. Die immer wieder darauf hinweist, dass rechte Gewalt und menschenfeindliche Argumentationen aus der Politik eng zusammenhängen. Und die diese Themen kontinuierlich auf der Tagesordnung platziert, unabhängig von politischer Konjunktur und medialer Aufmerksamkeit.

Mitte der 1990er Jahre stand Anetta Kahane mit dieser Vision weitgehend allein da. Sie suchte Verbündete und fand in Karl Konrad Graf von der Groeben einen Stifter, der wusste, wie gefährlich alte und neue Nazis sind. Mit seiner Unterstützung sowie Zuwendungen der Freudenberg Stiftung kam 1998 das Stiftungskapital für die Gründung der Amadeu Antonio Stiftung zusammen, der Anetta Kahane bis 2022 vorstand.

Der Anspruch der Amadeu Antonio Stiftung war von Anfang an, genau dort zu helfen, wo Staat und Gesellschaft zu lange weggesehen hatten. Dies bedeutete zunächst, Engagierte vor Ort zu ermutigen, zu stärken und zu vernetzen. Schon bald wurde zudem der Opferfonds CURA eingerichtet, der Gewaltop-

KARL KONRAD
GRAF VON DER GROEBEN, Stifter



„Ich habe unter den Nazis gelebt und weiß, wie viel Unheil sie anrichten. Ich will das nie mehr erleben.“

*Gießen, 1951: Karl Konrad Graf von der Groeben, der Kontakt zu Widerständler*innen des 20. Juli gehabt hatte, erwirbt im Zuge des Marshallplans die Lizenz für die Coca-Cola-Herstellung im Nachkriegsdeutschland – die Grundlage für sein Vermögen, das er nach dem Verkauf seiner Werke in den 1980er Jahren größtenteils in die Gründung mehrerer Stiftungen steckt. Sein Hauptaugenmerk liegt dabei auf Initiativen gegen Rechtsextremismus. Eine davon ist 1998 die Amadeu Antonio Stiftung. Karl Konrad Graf von der Groeben verstarbt am 6. Juli 2005 im Alter von 86 Jahren. „Reich zu sein ist keine Schande“, so von der Groeben, „reich zu sterben schon“.*

fer als solidarisches Zeichen aus der Gesellschaft in Notsituationen finanziell unterstützt.

Drei jüngere Beispiele solcher Notsituationen sind der Terroranschlag auf die Synagoge in Halle und der Mord an Walter Lübcke 2019 und der rassistische Anschlag in Hanau 2020. Aktuell arbeitet die Amadeu Antonio Stiftung unter dem

Dach von „Selbstbestimmt vernetzen, erinnern und bilden“ mit Angehörigen und Opfern rechter Gewalt aus unterschiedlichen Gruppen zusammen, um die Rechte aller Überlebenden zu stärken.

Die Amadeu Antonio Stiftung ist nicht nur Unterstützerin in akuten Notsituationen, sie ist auch ein Seismograf für gesellschaftliche Entwicklungen. Früh wies sie zum Beispiel darauf hin, dass Antisemitismus nicht nur eine Haltung unter Rechtsextremen, sondern in unterschiedlichsten Milieus vertreten ist. Ebenso erkannte sie zeitig, dass der digitale Raum ein neuer zentraler Schauplatz für Hass und Radikalisierung ist, und entwickelte gezielt Instrumente, um Hass im Netz zu entlarven und demokratische Gegenstimmen zu stärken. Schon lange vor der Corona-Pandemie beschäftigte sie sich mit Verschwörungserzählungen und der antidemokratischen Bewegung der Reichsbürger. Ein Thema, das noch viel mehr Aufmerksamkeit benötigt, ist der Antifeminismus, der oft wie ein ideologischer Türöffner für rechtsextremes Denken wirkt.

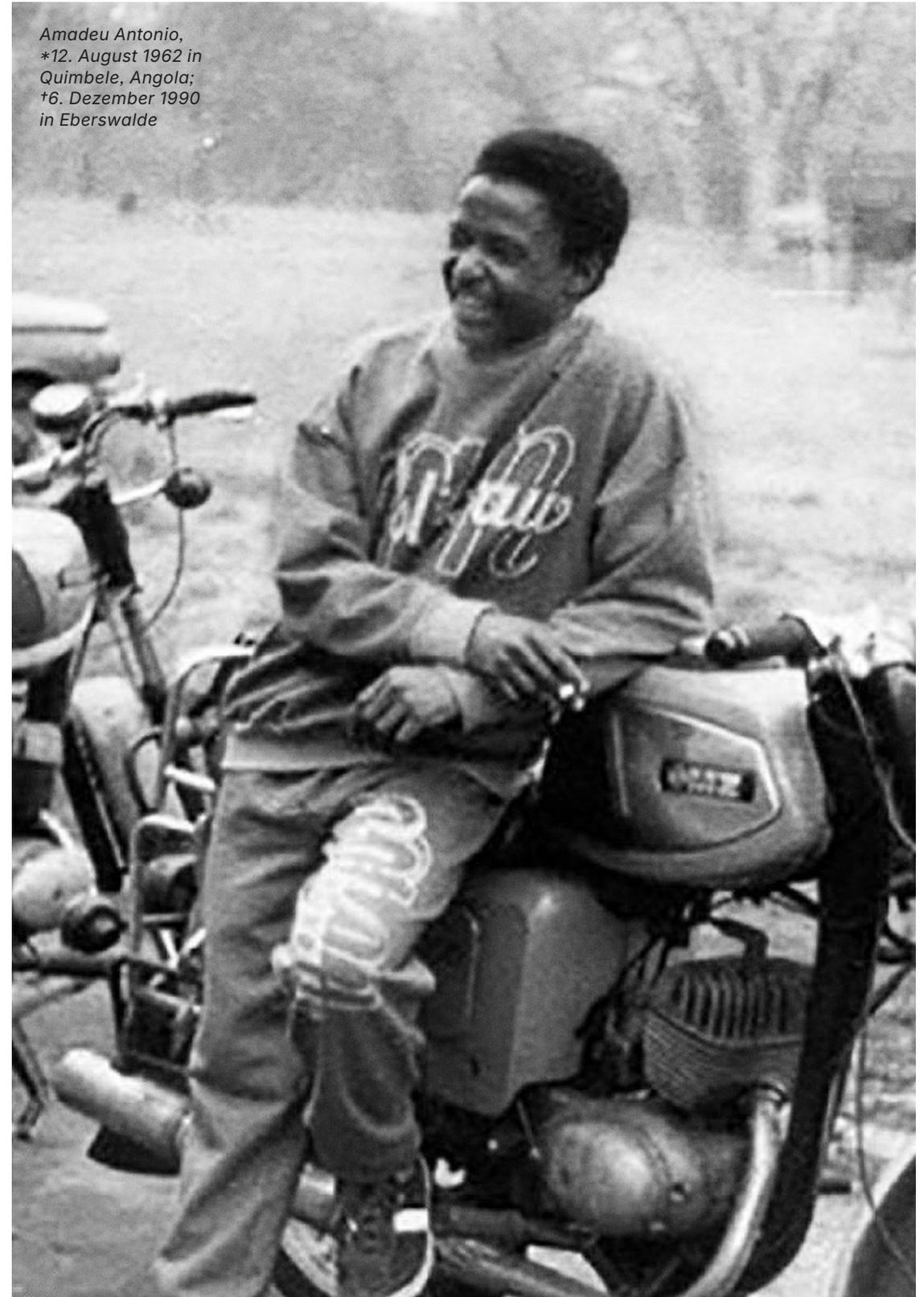
Die Amadeu Antonio Stiftung wurde gegründet, damit Minderheiten Schutz und eine Stimme bekommen. Viele der Gründungsthemen sind auch heute noch traurig aktuell. Die Amadeu Antonio Stiftung entwickelt ihre Arbeit stetig weiter, setzt wichtige Akzente, macht auf Themen wie den grassierenden Antifeminismus aufmerksam und steht heute wie damals mit vollem Engagement denen zur Seite, die Unterstützung brauchen. ●

ANETTA KAHANE,
Gründerin der Amadeu Antonio Stiftung



„Mit der Amadeu Antonio Stiftung wollte ich einen Ort schaffen, der alle Menschen, die von Feinden der Demokratie angegriffen werden, vorbehaltlos schützt und unterstützt – durch eine offen gelebte demokratische Kultur. Das war nicht immer einfach: Am Anfang hatten wir noch Mühe, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass Rechtsextremismus ein großes Problem vor Ort ist. Wir wurden oft als Nestbeschmutzer und Panikmacher beschimpft. Inzwischen ist das Problem zwar anerkannt, doch erst langsam verstehen Gesellschaft und Politik, wie wichtig und komplex das Engagement gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit tatsächlich ist.“

Amadeu Antonio,
*12. August 1962 in
Quimbele, Angola;
†6. Dezember 1990
in Eberswalde



„Alle Menschen haben das gleiche Recht, ihr Leben nach ihren Ambitionen, Träumen und Ideen zu gestalten. Für alle Menschen gilt das Recht auf Sicherheit und Unversehrtheit. Doch viele Menschen leben in täglicher Angst um ihre körperliche Unversehrtheit und erleben Hassgewalt. Wir sind nicht bereit, das hinzunehmen. Wir fordern alle Mitglieder unserer Gesellschaft dazu auf, sich mit den Lebensrealitäten der Betroffenen auseinanderzusetzen, und machen praktische Vorschläge. Außerdem unterstützen wir Betroffene von Hassgewalt auch finanziell in größter Not.“

— TAHERA AMEER, Vorstandin der Amadeu Antonio Stiftung

WARUM WIR HANDELN

Warum wir handeln

Bis in die 2000er Jahre hinein wurden Angriffe auf Geflüchtete und ihre Einrichtungen, Mitglieder der LSBTIAQ+Community, Obdachlose, Schwarze, muslimisch oder asiatisch gelesene sowie jüdische Menschen in Deutschland oft heruntergespielt. Medien, Politik und Mehrheitsgesellschaft sprachen von „Einzeltätern“ oder „gewaltbereiten Jugendlichen“. Diese systematische Entpolitisierung und Verharmlosung rechtsextremer Straf- und Gewalttaten wirken bis heute nach.

Erst seit 2001 werden die rechts-extremen und menschenfeindlichen Motive, die diesen Taten zugrunde liegen, klar benannt und eingeordnet. Damals beschloss die Innenministerkonferenz, das Meldesystem rechter Straftaten zu erneuern und die Kategorie „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ einzuführen. Es sollten nicht mehr nur Taten in die Statistik einfließen, die sich gegen die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ richten und eine „Systemüberwindung“ zum Ziel haben. Das frühere enge Kriterium „extremistisch“ wurde um neue Kriterien erweitert. Von nun an sollte bei polizeilichen Ermittlungen zu Straf- und Gewalttaten vor allem auch eine rassistische, antisemitische oder sozialdarwinistische Motivation berücksichtigt und gegebenenfalls dem Phänomenbereich rechter Gewalt zugerechnet werden.

Es ist maßgeblich dem Druck, den die Amadeu Antonio Stiftung seit ihrer Gründung ausgeübt hat, zu verdanken, dass heute in Deutschland Zahlen zu Demokratie- und Men-

schenfeindlichkeit erhoben werden. Mit der Chronik der Todesopfer rechter Gewalt liefert die Amadeu Antonio Stiftung in der öffentlichen und politischen Diskussion eine wichtige Quelle über das tatsächliche Ausmaß menschenfeindlicher Gewalttaten.

Die Amadeu Antonio Stiftung macht weiterhin Druck und setzt immer wieder Impulse, zum Beispiel indem sie auch wenig beachtete Bereiche wie Antifeminismus oder antisemitische Gewalt empirisch sichtbar macht.

220

Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990

48 %

der Menschen in Deutschland stimmen der Aussage zu, sich „durch die vielen Muslime im Land manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ zu fühlen.

10 %

der Menschen in Deutschland lehnen die Demokratie als Staatsform ab.

2024 sieht jede 10. Person in Deutschland den „Einfluss der Juden“ als zu hoch an.

5 %

teilen ein geschlossen rechts-extremes Weltbild.

61 %

der Jugendlichen sind bereits Desinformationen im Internet begegnet.

Landtagswahl in Sachsen: Die AfD wird mit 30,6 % zweitstärkste Kraft. Zusammen mit den rechtsextremen „Freien Sachsen“ sind auch in Sachsen Rechtsextreme die stärkste Kraft.

57 %

der Menschen mit einem geschlossen rechts-extremen Weltbild wählen die AfD.

7.186

Fälle gibt es 2024, in denen Menschen wegen ihrer Religion, sexueller Orientierung oder politischer Arbeit angegriffen wurden.

6.236

antisemitische Vorfälle werden 2024 registriert und damit die bereits im Vorjahr dramatisch angestiegenen Zahlen noch einmal leicht übertroffen.

555

offene Haftbefehle
gibt es 2024
gegen Rechtsextreme.

In 4.003 Fällen werden
Menschen wegen ihrer Religion,
sexueller Orientierung oder
politischer Arbeit 2024 im Internet
angegriffen, das sind 57 %
mehr Fälle von Hass im Internet im
Vergleich zum Vorjahr.

43 %

der Menschen
in Ost-
deutschland
stimmen
der Aussage
zu, dass
muslimischen
Menschen
die Zuwan-
derung nach
Deutschland
untersagt
werden sollte.
In West-
deutschland
ist es jede
dritte Person.

20 %

der Menschen in Westdeutsch-
land teilen ein geschlossen
rassistisches Weltbild, im Ver-
gleich zu 13 % in 2020.

Die Ansicht, dass „Sinti
und Roma aus den Innenstädten
entfernt werden“ sollten,
teilen in Deutschland etwa

40 %

2023* gibt es fast täglich einen
Femizid in Deutschland: 938 Mädchen
und Frauen wurden Opfer von
versuchten oder vollendeten Tötungs-
delikten, 360 starben. In 81 % der
Fälle war der Täter der eigene Partner.

* Zahlen für 2024 lagen zum Redaktionsschluss nicht vor

80 %

aller zivil-
gesellschaftlich
Engagierten
wurden schon
mal bedroht, 8 %
mit dem Tod.

14 %

der zivilgesell-
schaftlich
Engagierten
denken als Aus-
wirkungen
des Zugewinns
der AfD
darüber nach,
ihre Tätigkeit
zu wechseln.
7 % der
Engagierten
überlegen,
ihre Tätigkeit
für die
Demokratie zu
beenden.

42.788

rechtsextreme Straftaten werden im Jahr 2024
registriert. Eine Rekordzahl und
ein Anstieg von 48 % im Vergleich zu 2023.

Landtagswahl
in Brandenburg:
Die AfD
wird mit 29,2 %
zweitstärkste
Kraft.

1.443

rechtsextreme Gewalttaten
gab es 2024. Davon

5

versuchte Tötungen,

17

Brandstiftungen.

84 %

der Menschen in Deutschland sehen vorsätzlich
verbreitete Falschinformationen im Internet
als ein großes Problem für unsere Gesellschaft.

46

Vorfälle wie Angriffe,
Störaktionen und Gegendemos
gibt es rund um
Christopher Street Days.

218

Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte
werden 2024 registriert.

20 %

der Befragten in Deutschland
glauben, dass Frauen Schilderungen
von sexualisierter Gewalt
häufig übertreiben, um Vorteile aus
der Situation zu schlagen.

43 %

der Menschen in
Deutschland glauben, dass
es eine „übertriebene
Toleranz“ gegenüber trans*
Personen gibt.

Fast jede
zweite
Person wur-
de schon
einmal
online be-
leidigt.

„... den besseren Zustand
aber denken als den,
in dem man ohne Angst
verschieden sein kann.“

— THEODOR W. ADORNO



WIE WIR ARBEITEN

Die AMADEU ANTONIO STIFTUNG unterstützt

Für viele Menschen in Deutschland ist Angst eine tägliche Begleiterin – am Arbeitsplatz oder im Club, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder im Sportverein, in der Schule, in der Geflüchtetenunterkunft oder gar zu Hause. Wer aufgrund (zugeschriebener) religiöser Zugehörigkeit, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Herkunft angefeindet oder angegriffen wird, kann sich an die Amadeu Antonio Stiftung wenden.

OPFERFONDS CURA

Seit 2004 können Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe mit finanziellen Mitteln aus CURA unterstützt werden, einem von inzwischen mehreren Opferfonds der Amadeu Antonio Stiftung. Die zu Bruch gegangene Brille, der Einbau einer Überwachungskamera, die Finanzierung eines Selbstbehauptungskurses nach einem Angriff auf Leib und Leben, Umzugs- oder Anwaltskosten können so finanziert werden.

Ein weiteres zentrales Anliegen von CURA ist öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Hassgewalt, insbesondere aus der Perspektive derjenigen, die direkt davon betroffen sind.

In den 2024 an CURA gemeldeten Fällen wurden Menschen mehrheitlich aufgrund von rassistischen Zuschreibungen angegriffen, bedroht oder genötigt. Auffällig häufig passierte das im öffentlichen Raum und innerhalb von Institutionen, zum Beispiel durch Zugpersonal und Polizei, in Unterkünften für Geflüch-

tete oder in der Schule. Besonders erschreckend sind gemeldete Angriffe aus der Nachbarschaft und am Arbeitsplatz.

BERLIN GEGEN HASSGEWALT – SOFORTHILFEFONDS FÜR BETROFFENE

Angespuckt, beleidigt oder getreten – Betroffene von Hassgewalt brauchen nach einem solchen Vorfall verschiedene Arten von Unterstützung. Mit Geld für Therapiesitzungen, Reparaturen, Notunterkünfte oder Anwaltskosten steht der Soforthilfefonds Betroffenen in Berlin zur Seite. Niedrigschwellig, beratend und schnell.

Als Amadeu Antonio Stiftung haben wir 2024 mit diesen Initiativen Betroffene in 466 Fällen mit 416.000 Euro unterstützt und beraten. ●

Opferfonds
CURA:



Berlin gegen
Hassgewalt:



„Das gesellschaftliche Bewusstsein dafür, dass es Rassismus in Deutschland gibt, ist stark gestiegen. Das ist ein Schritt vorwärts, dazu hat die Amadeu Antonio Stiftung beigetragen. Bis praktische Maßnahmen umgesetzt werden, die Rassismus als strukturelles Problem bekämpfen, ist es noch ein weiter Weg. Wir brauchen Proviant und Ausdauer für einen Marathon, nicht für einen Sprint.“

— TAHERA AMEER, Vorstandin der Amadeu Antonio Stiftung

Engagement gegen Rassismus

Rassismus ist sichtbarer geworden, seit sich Initiativen und Selbstorganisationen für ihre Interessen einsetzen und Rassismus eindeutig als solchen benennen. Gleichzeitig geschehen in Deutschland täglich rassistische Übergriffe, ohne dass dies skandalisiert wird. In einer Gesellschaft, in der angesichts brutaler rassistischer Gewalt auf offener Straße weggeguckt wird, bleiben struktureller und institutioneller Rassismus weitgehend unsichtbar. Alle Ausformungen von Rassismus bestimmen jedoch nach wie vor den Alltag der Betroffenen. Es wundert nicht, dass Verantwortungsträger*innen in Institutionen diese Zustände weder thematisieren noch handlungsorientiert angehen.

Ein bisher viel zu wenig beachtetes Themenfeld ist, dass Opfer und Angehörige von rassistischen Terroranschlägen und Mordserien meistens vergeblich um Zugang zu Politik und Verantwortlichen kämpfen. Außerdem sind Unkenntnis und Täter-Opfer-Umkehr in vielen Behörden der Normalfall und Betroffene bemühen sich oft lange ohne Erfolg um Unterstützung.

SELBSTBESTIMMT VERNETZEN, ERINNERN UND BILDEN

Bereits 2023 rief die Amadeu Antonio Stiftung gemeinsam mit Überlebenden und Angehörigen von Opfern rechtsterroristischer Anschläge das Vernetzungsprojekt „Selbstbestimmt vernetzen, erinnern und bilden“ ins Leben. Unter diesem Titel pflegen elf

Initiativen von Betroffenen und Angehörigen rechter, rassistischer und antisemitischer Anschläge, darunter die Bildungsinitiative Ferhat Unvar, die Initiative 19. Februar Hanau, TEKIEZ (Halle) und Hillel Deutschland, eine selbstbestimmte Erinnerungskultur. Mit Förderung der Beauftragten der Bundesregierung für Antirassismus konnten alle elf Initiativen 2024 hauptamtliche Stellen schaffen, sieben haben Räume angemietet und ausgestattet.

Am 11. November 2024 veranstaltete die Amadeu Antonio Stiftung den Fachtag „Opferschutz und Opferhilfe“ mit 150 Teilnehmenden. So wurde ein lange überfälliger Dialog zwischen Expert*innen, Betroffenen, Vertreter*innen der Bundes- und Landesverwaltung, der Ermittlungsbehörden, der Ministerien sowie Entscheidungsträger*innen aus Politik, Justiz und zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht. Wertvolle Kontakte konnten etabliert und weitere Gespräche vereinbart werden. Der Fachtag zeigte deutlich, wie die Amadeu Antonio Stiftung als ein essenzielles Scharnier zwischen Politik und Überlebenden-Initiativen agieren kann. ●



Tahera Ameer, Vorständin der Amadeu Antonio Stiftung

Interview mit Tahera Ameer zu Rassismus in Deutschland

Warum ist es so schwer, Rassismus zu bekämpfen?

Deutschland ist ein Einwanderungsland – das ist seit Jahrzehnten Realität. Trotzdem haben wir als Gesellschaft kein geteiltes Verständnis von dem Begriff „Einwanderungsgesellschaft“. Damit sind nicht die eingewanderten Personen und ihre Com-

munitys gemeint, sondern die Gesellschaft insgesamt. Ohne dieses umfassende Verständnis bleibt Rassismus immer das Problem der Anderen.

Wie lässt sich das ändern?

Um überhaupt antirassistisch handeln zu können, muss man lernen zu differenzieren. Unterschiede unsichtbar zu machen und ganze Gruppen gleichzusetzen, sind Strategien der deutschen Rechten, die mit Rassismus Stimmung gegen die angeblich homogene Masse der Einwander*innen macht. Solch pauschalisierende Aussagen und rassistische Hetze verfangen bis weit in die Mitte der deutschen Gesellschaft. Doch es ist gefährlich, Differenzen und innermigrantische Konflikte zu negieren. Und es ist ja nicht so, dass präzises und fundiertes Wissen schwächen würde. Im Gegenteil, es stärkt.

Wie zeigen sich die Widerstände gegen Antirassismus noch?

Zu Anfang war die Amadeu Antonio Stiftung immer mit dem Vorwurf konfrontiert, ganze Kommunen zu verunglimpfen, indem sie Rechtsextremismus sichtbar macht. Dabei könnten Verantwortungsträger*innen, lokale Bevölkerung und Zivilgesellschaft sich ja auch selbst gegen Rechtsextremismus engagieren und diejenigen unterstützen, die für eine demokratische Kultur und den Schutz von Minderheiten eintreten. Sie könnten die Probleme offen benennen, anstatt der vorherrschenden Meinung zu folgen

FOTO: Peter van Heesen

und damit in dem vermeintlichen Zwang zu stehen, sie zu verteidigen zu müssen. Diese Abwehr und auch die Opferrolle, in die man sich begibt, kann kein identitätsstiftendes Konzept sein, mit dem wir die demokratische Kultur stärken. Damit können wir weder Opfer von Rassismus und Rechtsextremismus unterstützen noch den Artikel 3 des Grundgesetzes verwirklichen.

Welche Probleme gibt es noch?

Der Kampf gegen Rassismus wird stark vereinnahmt. Wenn wir wirklich konsequent antirassistisch handeln wollen, dürfen wir es nicht dem türkischen Nationalismus oder dem politischen Islam durchgehen lassen, wenn sie im Namen eines antirassistischen Anliegen versuchen, ihre antidemokratische Agenda umzusetzen. Aus lauter Angst vor einem Rassismusvorwurf, Täter nicht als Täter zu benennen, zeigt doch nur, dass diese Gesellschaft keinen sicheren Umgang im Erkennen und Benennen von Rassismus hat. Stattdessen werden alle von Rassismus betroffenen Menschen zu einer homogenen Gruppe von Opfern gemacht. Wir können es uns als Gesellschaft aber nicht leisten, wegzugucken, denn innermigrantischer Rassismus bedeutet eine alltägliche, teils tödliche Bedrohung für die Minderheiten innerhalb der Minderheiten.

Wie würde antirassistisches Handeln aussehen?

Ein konsequenter Antirassismus muss klar benennen und jenseits

dieser Vereinnahmungen stattfinden. Die aktuelle Polarisierung stellt ein enormes Problem dar. Differenzierung und Konflikt werden auf beiden Seiten als Schwäche empfunden und nicht als Chance.

Sind wir als Gesellschaft dafür bereit?

Unsere Gesellschaft ist in großen Teilen noch weit davon entfernt, sich einen Begriff von der ganz konkreten Bedeutung von Rassismus für den Alltag und das Leben von Betroffenen zu machen. Täglich kommt es zu rassistischen Übergriffen, ohne dass die Mehrheit sich davon betroffen oder angesprochen fühlt. Die Ausdifferenzierung in die verschiedenen Rassismen und ihre jeweiligen historischen Ursprünge und Ausformungen sind eine große Herausforderung für eine Gesellschaft, die gerade erst begonnen hat, sich mit Rassismus auseinanderzusetzen.

Wie unterstützt die Amadeu Antonio Stiftung diesen Prozess?

Zunächst ist Sichtbarkeit das Wichtigste. Dafür haben wir zusammen mit KURD-AKAD und anderen von innermigrantischem Rassismus betroffenen Wissenschaftler*innen und Expert*innen 2023 die Konferenz „Doppelt unsichtbar“ veranstaltet und 2024 den dazugehörigen Sammelband herausgebracht.

Welche Überzeugung steht dahinter?

Es muss jedem Menschen, der in seiner Differenz wahrgenommen

werden will, möglich sein, ohne Angst verschieden und so überhaupt erst sichtbar zu sein, ohne Angst vor Instrumentalisierung. Die Amadeu Antonio Stiftung will alle Menschen, deren rassistische Gewalterfahrungen unsichtbar gemacht werden, darin unterstützen, den innermigrantischen Rassismus aufzudecken und ihm etwas entgegenzusetzen.

Wie zeigt sich, dass struktureller Rassismus ignoriert wird?

Wir haben kaum Repräsentation in den verschiedenen gesellschaftlichen Sphären, keine Lobby, die sich dafür stark macht, die strukturellen Verhältnisse genau anzuschauen und zu verändern. Es gibt keinen politischen Willen, über die Bereitstellung von Ressourcen zu diskutieren, um zum Beispiel eine systematische paritätische Job-Besetzung anzustoßen oder die besonderen Bedarfe von Personen anzuerkennen, die von Rassismus betroffen sind.

Wie lässt sich das verändern?

Selbstverpflichtung, Aufklärung und Bildungsarbeit müssen vorangetrieben werden – alle Bereiche der Gesellschaft können das aktiv mitgestalten. Medien, Behörden, Unternehmen, Schulen, jede Institution könnte sich etwa selbst dazu verpflichten, dem Grundgesetz sowie den Anforderungen, vor die uns die Zusammensetzung unserer Gesellschaft stellt, nachzukommen. Allein die Frage zu beantworten: „Was ist mein Einflussbereich, in dem ich konkrete Veränderungen ansto-

ßen kann, und wie tue ich das?“, wäre ein Quantensprung, obwohl wir da ja noch nicht mal bei Fragen der Umsetzung sind.

Im letzten Lagebild der Regierung von 2023 sagen 90 Prozent der Befragten, dass es Rassismus in Deutschland gibt.

Es gibt heute eine größere Wahrnehmung davon, dass Rassismus existiert, ja. Auch seine verschiedenen Facetten sind sichtbarer geworden, also Anti-Schwarzer Rassismus, Rassismus gegen Sinti*innen und Rom*innen, antikurdischer Rassismus, antisiasiatischer Rassismus, um nur einige zu nennen. Deswegen sind wir heute eher in der Lage, die spezifische Betroffenheit von Personen überhaupt wahrzunehmen.

Es hat sich also doch etwas geändert?

Aber klar! Es gibt sehr viele Initiativen und Organisationen, die ihre Anliegen, ihre Wut, ihre Visionen und ihre konkreten Ideen für eine bessere Gesellschaft als Betroffene und Expert*innen von Rassismus laut äußern, die Forderungen stellen und unsere Gesellschaft verändern. Außerdem gab es in der letzten Legislaturperiode die erste Antirassismusbeauftragte des Bundes, es gibt eine Antidiskriminierungsbeauftragte, einen Antiziganismusbeauftragten, einen Antidiskriminierungsbeauftragten. Es gibt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das vor Diskriminierung durch Rassismus schützt. Wir haben gesellschaftlich einiges erreicht. Ich bin stolz darauf, dass die Amadeu

Antonio Stiftung durch ihre Arbeit Teil dieses gesellschaftlichen Fortschritts ist. Wie es damit weitergeht, steht auf einem anderen Blatt.

Was ist zu befürchten?

Wir erleben starken Widerstand von Menschen, die, anders als noch vor einigen Jahren, sehr laut sagen: Wir wollen eine homogene Gesellschaft. Wer da nicht reinpasst, muss sich extrem konform und leistungsstark verhalten, sonst haben wir als Gesellschaft kein Interesse daran. Das widerspricht im Kern dem Gleichwertigkeitsgedanken, wie er im Grundgesetz festgeschrieben ist. Nur mit einem solchen (menschenfeindlichen) Mindset kann man darüber reden, die Staatsbürgerschaft zu entziehen, oder gleich „Remigration“ fordern.

Die Amadeu Antonio Stiftung sticht ja auch deswegen heraus, weil sie sowohl Antisemitismus als auch Rassismus bekämpft.

Seit dem 7. Oktober 2023 kommt Antisemitismus viel öfter im Mantel der Rassismuskritik daher, Juden und Jüdinnen stehen nahezu ohne jegliche Solidarität da. Wer sich gegen Rassismus und gegen Antisemitismus engagiert, sollte von sich verlangen, das andere immer auch im Blick zu haben.

Was heißt das für die Amadeu Antonio Stiftung?

Als Stiftung verpflichten wir uns dazu, denen zur Seite zu stehen, die mit ihrer Bedrohungssituation kaum sichtbar und extrem marginalisiert sind. Das gilt leider un-

verändert – und seit dem 7. Oktober schlimmer denn je – für alle von Antisemitismus Betroffenen. Es gilt aber auch für Palästinenser*innen, die die Hamas nicht als Befreiungs- und Widerstandsorganisation betrachten, sondern als das, was sie ist: eine Terrororganisation, die nur auf Vernichtung aus ist. Als Stiftung nehmen wir es uns zur Aufgabe, Diskriminierungen, die von vielen gar nicht als Problem wahrgenommen werden, aufzuzeigen.

Was bedeutet das für Betroffene?

Fakt ist: Betroffene von Rassismus sind nicht alle gleich betroffen. Gruppen wie Kurd*innen, Alevit*innen oder Armenier*innen werden in der deutschen Mehrheitsgesellschaft als türkisch gelesen und diskriminiert und zugleich von türkischen Nationalist*innen diffamiert. Oder etwa Ezid*innen, die als muslimisch gelesen, aber vor allem von nationalistischen und rechts-extremen Muslim*innen bedroht werden. All diese Menschen leben als Minderheit innerhalb einer Minderheit. Solange wir als Gesellschaft nicht bereit sind, genau hinzuschauen und zu begreifen, dass eine Bedrohung u. a. von der organisierten türkischen Rechten ausgeht, kann die Demokratie ihrem Versprechen, Minderheiten zu schützen, nicht nachkommen. ●

Doppelt unsichtbar heißt doppelt gefährdet

Um diesem viel zu wenig beachteten Problem mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen, organisierte die Amadeu Antonio Stiftung im April 2023 zusammen mit dem Netzwerk kurdischer AkademikerInnen KURD-AKAD unter Federführung von Dr. Dastan Jasim, Politikwissenschaftlerin, Konfliktforscherin und Aktivistin, die Fachtagung „Doppelt unsichtbar“ zum Thema Rassismus und Ausgrenzung unter Migrant*innen am Beispiel der türkischen Rechten.

Am 9. Juni 2024 wurde die dazugehörige, von der Amadeu Antonio Stiftung herausgegebene Broschüre „Doppelt unsichtbar“ mit Lesung und Podiumsdiskussion im Berliner Gorki Theater vorgestellt. Dem Podium gehörten unter anderem die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung Ferda Ataman, die Pädagogin Selma Akbayir sowie der Investigativjournalist Lennart Pfahler an.

In der Publikation sind Stimmen von Angehörigen unterschiedlicher Communities aus Wissenschaft, Journalismus und Aktivismus versammelt, die als zugleich Betroffene und Expert*innen von ihren Erfahrungen mit Rassismus und Ausgrenzung unter Migrant*innen berichten. So trägt der Beitrag zu anti-kurdischem Rassismus von Dr. Dastan

Jasim den sprechenden Titel „Wir sind nicht alle gleich“. Kurd*innen, so Jasim, sind Fremde in ihrer Heimat und Fremde in Deutschland.

Die Journalistin Ninve Ermagan wiederum zeichnet eine akute Bedrohungslage im Kontext der türkischen Rechten nach. Ermagans assyrisch-christliche Eltern mussten 1990 aus der Türkei nach Deutschland flüchten. Sie selbst setzt sich für die Aufklärung und Aufarbeitung des Völkermordes an ihren Vorfahren im Jahr 1915 ein und befasst sich mit der Situation religiöser und ethnischer Minderheiten. In ihrem Beitrag für „Doppelt unsichtbar“ beschreibt Ermagan, was sie erlebte, nachdem sie im Dezember 2020 einen Artikel über die rechtsextremistische türkische Bewegung Graue Wölfe veröffentlicht hatte. Über Wochen bekam sie nachts anonyme Anrufe, dann wurde ihr Facebook-Account gehackt. Schließlich bedrohte ein Anhänger der Grauen Wölfe sie und ihre Eltern per Twitter und nannte Details über ihr Sexualleben, die nur bekannt sein konnten, wenn man ihre WhatsApp-Nachrichten gehackt, ihr Telefon abgehört und sie beobachtet hatte. Das wäre für jede Person ein Albtraum – für eine Tochter orthodoxer Eltern kann das auch familiär fatale Folgen haben.

„Indem wir polarisieren und defensive, spannungsgeladene Einstellungen produzieren und reproduzieren, verklären wir, worum es eigentlich geht: Jugendliche, Fachkräfte und insgesamt Betroffene zu ermächtigen und sprechfähig zu machen. Nur so gelingt ein Miteinander und vor allem ein Aushalten.“

— DJINA KRECIC, Projektleitung ju:an-Praxisstelle

ju:an-Praxis- stelle für antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit

Wie begegnet man rassistischen, antisemitischen und generell menschenfeindlichen Äußerungen und Handlungen in der Jugendarbeit? Mit dieser Frage beschäftigt sich die ju:an-Praxisstelle für antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit der Amadeu Antonio Stiftung seit nun mehr als zehn Jahren. Ihr Angebot umfasst Beratung, Workshops, Vorträge, Vernetzungsstrukturen und Fortbildungen und richtet sich an Fachkräfte, Lernende und Studierende in der offenen und mobilen Jugendarbeit in Berlin.

Der Ansatz sucht angemessene Antworten auf Diskriminierung jeder Art. Am Ende geht es darum, die Stimmen aller Betroffenen zu hören und ernst zu nehmen, anstatt zu

polarisieren. Gerade Kinder und Jugendliche müssen die Erfahrung machen, dass es auch anders geht. Um diesen Weg gehen zu können, brauchen Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Pädagog*innen und alle anderen Fachkräfte in der offenen und mobilen Jugendarbeit Wissen, Unterstützung und Netzwerke – was sie alles bei ju:an bekommen.

Ein thematischer Schwerpunkt im Jahr 2024 war der präventive Umgang mit Antisemitismus. Denn gerade zu Antisemitismus kommen Anfragen häufig erst dann, wenn die Lage bereits eskaliert ist. Ein Fachtag beschäftigte sich daher mit der Frage, wie Antisemitismus in der Jugendarbeit nach dem 7. Oktober begegnet werden kann.

**Die AMADEU
ANTONIO STIFTUNG
fördert**

„Eine wehrhafte Demokratie braucht entschlossenes Engagement gegen Rechts-Extremismus, Rassismus und Antisemitismus. Viele Menschen setzen sich für ein vielfältiges, solidarisches Miteinander ein. Wir unterstützen sie dabei.“

— VERA OHLENDORF, Leitung Projektförderung der Amadeu Antonio Stiftung

Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt seit 1998 bundesweit zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für Demokratie, Minderheitenschutz und Menschenrechte einsetzen und mit vielfältigen Projekten gegen Rechts extremismus, Rassismus und Antisemitismus aktiv werden. Wir fördern nicht nur finanziell, sondern beraten die Projekte inhaltlich oder vermitteln Erfahrungen und Kontakte. Die Unterstützung richtet sich besonders an Initiativen im kleinstädtischen und ländlichen Bereich.

Im Superwahljahr 2024 gingen 497 Förderanträge ein, davon sind 229 Projekte mit einer Summe von rund 510.000 Euro gefördert worden. Damit konnte die Zahl der bewilligten Projekte im Vergleich zu 2023 mehr als verdoppelt werden.

Es waren vor allem Ehrenamtliche, die Demokratiefeste organisiert, neue lokale Bündnisse geschlossen, über Formen und Folgen von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus aufgeklärt, Schutzräume und Empowerment für migrantisierte oder geflüchtete Menschen etabliert oder sich mit Christopher Street Days (CSDs) und anderen Veranstaltungen gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit positioniert haben. Viele Engagierte haben Projekte entwickelt, die Sprachlosigkeit, Resignation und soziale Kälte mit niedrigschwelligen Formaten von Begegnung und positiven Visionen für ein solidarisches Miteinander bekämpfen. Die meisten Projekte wurden in Sachsen (61) und Thüringen (40) umgesetzt. Mehr als 2.400 Projekte und Initia-

tiven in ganz Deutschland konnten seit der Gründung der Amadeu Antonio Stiftung bereits mit Spendengeldern unterstützt werden.

AUSGEWÄHLTE GEFÖRDERTE PROJEKTE UND INITIATIVEN

Immer häufiger werden LSBTIAQ+ bundesweit Ziel von rechtsextremen Angriffen, Gewalt und Desinformationskampagnen. Die Amadeu Antonio Stiftung hat 2024 insgesamt 13 Projekte unterstützt, die sich für die Sichtbarkeit queerer Lebensrealitäten stark machen, LSBTIAQ+ empowern oder sich öffentlichkeitswirksam gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit engagieren. So auch den ersten Christopher Street Day in Sonneberg in Thüringen. Der CSD setzte mit mehr als 600 Teilnehmenden ein deutliches Zeichen für Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Mit Unterstützung von queeren Aktivist*innen aus Coburg ist im Anschluss an den CSD eine Gruppe für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter*, nicht-binäre und queere Menschen in Sonneberg entstanden, eine Vereinsgründung ist in Planung.

In der sächsischen Kleinstadt Döbeln gibt es nur wenige Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche. Die Situation hat sich 2023 mit dem Abriss der selbstverwalteten Skatehalle noch verschlechtert. Der Verein Treibhaus e. V. hat 2024 mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung eine Bedarfsstudie in Auftrag gegeben und ein Jugendforum organisiert. Ju-

gendliche waren eingeladen, ihre Forderungen zu formulieren – etwa nach mehr selbstverwalteten Räumen, nutzbaren Grünflächen und besseren Bahnanbindungen nach Leipzig und Dresden. Die Ergebnisse fließen in weitere Projekte des Treibhaus e. V. ein und werden mit dem Stadtrat und der Stadtverwaltung diskutiert.

In Bautzen (Sachsen) ist mit „Happy Monday“ ein breites Bündnis aus über 50 Initiativen entstanden, das von April bis September 2024 mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung zu vielen Demokratiefesten mit Kunst, Kultur, Sport und Konzerten eingeladen hat. Ziel war es, der rechtsextremen „Montagsdemonstration“ öffentliche Plätze streitig zu machen. Hass und Hetze setzten die Engagierten aus soziokulturellen Einrichtungen, Tanzschulen, Chören, sorbischen Kulturvereinen, Stadtteilgruppen, Trägern der Jugendhilfe, Bildungsstätten, Jugendverbänden, Sport, Kirchen und Parteien die Vision eines vielfältigen, demokratischen Miteinanders entgegen. Das Bündnis ist im Landkreis einzigartig und plant weitere Projekte.

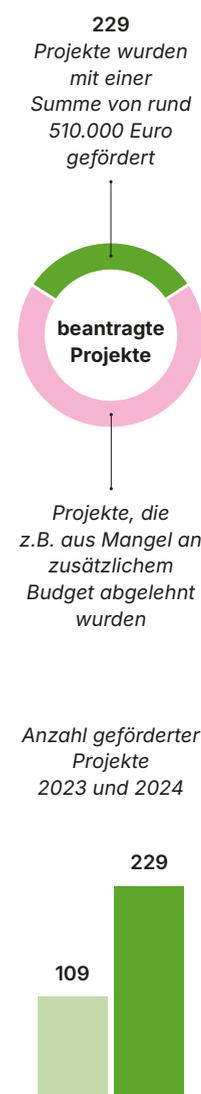
In Papenburg (Niedersachsen) und in Kirchheim unter Teck (Baden-Württemberg) nahmen engagierte Senior*innen an Argumentationsworkshops gegen rechtsextreme Stammtischparolen teil, um menschenverachtenden Äußerungen künftig souverän Paroli bieten zu können.

Wer schreibt, bleibt! Junge Rom*nja und Sinti*zze sind in Berlin rassistischer Diskriminierung und

Übergriffen ausgesetzt, sowohl in der Schule als auch auf der Straße. In einem Sommerferienworkshop für Kreatives Schreiben des Keli pen e. V. fanden Jugendliche Kraft und Empowerment, ihre Sichtweisen und Forderungen nach gesellschaftlicher Teilhabe, Rassismusabbau und sozialer Gerechtigkeit zu Papier und in die Sozialen Medien zu bringen. Einige Ideen sind in das Stück „Rom*nix“ des Rom*nja Theaterkollektivs eingeflossen.

Um die politische Teilhabe von Migrant*innen im Brandenburger Landkreis Barnim zu erhöhen, hat ein Projekt der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und mit doppelter Staatsbürgerschaft dazu motiviert, sich für den Beirat für Migration und Integration zur Wahl zu stellen oder vom aktiven Wahlrecht Gebrauch zu machen. Verschiedene Workshops informierten über kommunalpolitische Themen und die Beiratsarbeit und erleichterten die Selbstorganisation von migrantisierten Personen. Die Beiratswahl fand im Dezember statt.

Soziokulturelle Zentren und andere Kultureinrichtungen sind in Leipzig seit dem 7. Oktober 2023 immer häufiger mit Anfragen von politischen Gruppen konfrontiert, die antisemitische Überzeugungen vertreten, den Terrorismus der Hamas verharmlosen und das Existenzrecht Israels infrage stellen. Insbesondere Raumanfragen solcher Gruppen stellen Kulturakteur*innen vor Herausforderungen. Das Projekt des Pöge-Haus e. V. bietet den Einrich-



Selbst aktiv werden



*Eingetragene Vereine, Kommunen und Verwaltungen, kommunale Jugendeinrichtungen, Religionsgemeinden, Schulen, Bürger*innenstiftungen oder Integrationsbeauftragte in allen Bundesländern sind eingeladen, Förderung für lokale Projekte bei der Amadeu Antonio Stiftung zu beantragen.*

tungen Workshops und Beratung zu aktuellen Formen des Antisemitismus und Gegenstrategien an.

DEMOKRATISCHE ZIVILGESELLSCHAFT BRAUCHT UNTERSTÜTZUNG

Viele Initiativen und Projekte wurden 2024 durch Rechtsextreme angegriffen, sodass der Bedarf an Sicherheitsmaßnahmen, zum Beispiel bei Veranstaltungen, deutlich gestiegen ist. Dank Spenden konnte die Amadeu Antonio Stiftung solche Maßnahmen für 17 Projekte in Bautzen, Erfurt, Plauen, Görlitz, Taucha, Werdau, Glauchau, Cottbus, Zittau, Potsdam, Neustadt/Orla, Waltershausen, Jena, Leipzig und Chemnitz finanzieren.

Die Nöte und Bedarfe der demokratischen Zivilgesellschaft wachsen – im Westen und im Osten. Immer

mehr Initiativen berichten von Kleinen Anfragen in den Landesparlamenten, die auf Fördermittelkürzungen abzielen, von Diffamierungen ihrer Arbeit in Social-Media-Kanälen, von Zerstörungen an Gebäuden, persönlichen Beleidigungen, Drohungen und Gewalt. Immer weniger Initiativen können sich durch den wachsenden Einfluss der AfD und durch unsichere Haushaltslagen in Bund, Ländern und Kommunen auf öffentliche Fördergelder verlassen.

Ehrenamtliche und hauptamtliche Engagierte müssen demokratiefördernde Basisarbeit auch künftig in der Fläche leisten können, um einem weiteren Aufstieg rechtsextremer und autoritärer Kräfte entgegenzuwirken.

Wir werden deshalb weiterhin Projekte fördern, die sich klar gegen Rechtsextremismus positionieren, sich für eine demokratische Gesellschaft einsetzen, kritische Erinnerungskulturen pflegen, Kontinuitäten benennen, Perspektiven und Empowerment von Betroffenen in den Mittelpunkt stellen und Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus und andere Formen gruppenbezogener Menschlichkeit bekämpfen. ●

„Gerade weil öffentliche Aufklärung wirklich etwas bewirkt, werden Menschen, die sich für Demokratie einsetzen, von Rechtsextremen angegriffen und eingeschüchtert, in dem Versuch, sie mundtot zu machen.“

— LISA GEFFKEN, Koordinatorin Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention

Engagement gegen Rechts- extremismus

Eine Lehrerin thematisiert in ihrem Unterricht die Enthüllungen von CORRECTIV zu rechtsextremen Geheimplänen und erwähnt auch Gegendemonstrationen. Nach dem Unterricht wird sie von zwei AfD-Männern aufgesucht, die sie auf das Neutralitätsgebot hinweisen.

Der Sohn eines gegen rechts engagierten Aktivisten in Magdeburg wird auf dem Weg von der Grundschule nach Hause von unbekanntem Männern angesprochen, er solle seinem Vater sagen: „Wir wissen, wo du wohnst.“

„Es ist dramatisch, was heute in vielen ostdeutschen Regionen zum Normalfall geworden ist“, sagt Lisa Geffken, Koordinatorin des Kompetenznetzwerks Rechtsextremismusprävention. 2024 hat die Amadeu

Antonio Stiftung ihren Fokus stark auf Ostdeutschland gelegt, um die Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen zu begleiten. „Einschüchterung ist eine Strategie der Rechtsextremen, die vielerorts den Alltag prägt.“ Oft genießen die Verantwortlichen hohes Ansehen, weil sie bei der Feuerwehr oder im Fußballverein aktiv sind.

Es sind immer wieder dieselben Muster: Aktivist*innen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, werden belästigt und bedroht. Sie können keine Räume mehr anmieten, Veranstaltungen werden gestört, Webseiten mit Hasskommentaren geflutet und lahmgelegt, Namen mit Porno-Webseiten verlinkt, mit Fake-Bestellungen gespamt, Wohnadressen veröffentlicht.

Betroffene können sich an die Amadeu Antonio Stiftung wenden. Dort erhalten sie Beratung und werden, wenn nötig, an Programme auf Länderebene weitervermittelt. Manchmal besteht die Unterstützung in der Kostenübernahme für eine Vereinsgründung, ein Stadtfest, für die Behebung von Sachschäden oder deren Prävention, z. B. durch Kameraüberwachung oder Sicherheitsdienstleister (siehe auch Interview S. 44) – oder einfach darin, gemeinsam vor Ort einen Kaffee zu trinken, wo sonst niemand vorbeikommt.

Demokratisches Engagement wird natürlich auch von staatlichen

Institutionen bedroht. Wo Rechtsextreme die politische Mehrheit haben, werden Gelder für zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen gestrichen. Aber auch einzelne Personen sind betroffen: Besonders Gleichstellungs- und Migrationsbeauftragte werden in ihrer Arbeit diskreditiert und mit Mobbing überzogen. Wenn diese aufgeben, fällt die entscheidende Schnittstelle zwischen Betroffenen und Verwaltung weg. Ihre Stellen sind auch deshalb gefährdet, weil sie nicht in der kommunalen Satzung verankert sind, sondern per Haushaltsbeschluss finanziert werden.

Gerade in ostdeutschen Verwaltungen nach den Landtagswahlen 2024 lohnt es sich, das Bewusstsein zu fördern: Rückzug ist genau das Falsche! Noch leben wir in einer Demokratie mit Minderheitenrechten. Verwaltungsangestellte sind nicht Erfüllungsgehilfen des Bürgermeisters, sondern Recht und Gesetz verpflichtet. Die Amadeu Antonio Stiftung entwickelt gemeinsam mit lokalen Akteuren Strategien, wie demokratische Praxis weiterbestehen und umgesetzt werden kann. Neben besserer Vernetzung könnte eine solche Strategie sein, möglichst früh zu überlegen, wer die essenziellen Stellen der Gleichstellungs- und Migrationsbeauftragten finanzieren könnte.

Für Behörden im ländlichen Raum ist auch die „Kümmerer-Rolle“ ein wichtiger Punkt. Wenn auf dem Amt keiner da ist, um zu erklären, wie man ein Formular ausfüllt oder Essen auf Rädern be-

Lisa Geffken, Koordinatorin Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention



FOTO: privat

Tagung des Kompetenznetzwerks Rechtsextremismusprävention (KompRex)

*Die KompRex-Tagung 2024 stand unter dem Motto „Der Normalisierung entgegentreten – entschlossen und vernetzt gegen Rechtsextremismus“ und brachte Fachleute aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zusammen. Bundesfamilienministerin Lisa Paus und Sachsens Sozialministerin Petra Köpping betonten die Notwendigkeit einer starken demokratischen Zivilgesellschaft, um der zunehmenden Akzeptanz rechtsextremer Positionen entgegenzuwirken. Zentrale Themen waren die Normalisierung rechtsextremer Ideologien und die damit verbundenen Gefahren. Laut Expert*innen treiben die AfD und andere Akteure gezielt eine gesellschaftliche Verschiebung nach rechts voran. Professor Fabian Virchow etwa warnte vor den langfristigen Folgen dieser Entwicklung, während Newroz Duman von der Initiative 19. Februar auf die Versäumnisse der Behörden im Umgang mit der Bedrohung von rechts hinwies. Workshops und Diskussionsrunden ermöglichten es den rund 150 Teilnehmenden, sich zu vernetzen und Strategien gegen Rechtsextremismus zu entwickeln. Ein besonderer Fokus lag auf dem Schutz von Menschen, die sich aktiv gegen rechte Ideologien engagieren. Die Dokumentation der Tagung mit detaillierten Beiträgen und Ergebnissen finden Sie hier:*



kommt, übernimmt das oft die AfD. Hier setzt die Amadeu Antonio Stiftung mit Schulungen für Verwaltungen und Unterstützung ehrenamtlicher Bürgermeister*innen an. Im Fokus der gesamtgesellschaftlichen Debatte zum Problem des Rechtsextremismus steht häufig Ostdeutschland. Dieser Blick greift jedoch viel zu kurz und lenkt damit von der gesamtdeutschen Herausforderung ab. Unstrittig ist, dass rechtsextreme Strukturen in vielen ostdeutschen Regionen besonders stark ausgeprägt sind. Ebenso klar ist es, dass es auch dort Orte gibt, an denen eine engagierte und wache Zivilgesellschaft existiert, die sich unter teilweise sehr schwierigen Bedingungen entschieden für demokratische Werte einsetzt. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement verdient nicht nur Anerkennung und Wertschätzung, sondern auch nachhaltige Unterstützung. Zugleich ist es dringend geboten, die gesamtdeutsche gesellschaftliche Entwicklung ernst zu nehmen und entschlossen zu adressieren. Die gezielte Förderung und Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen muss daher bundesweit vorangetrieben werden. Auf lokaler Ebene ist dies insbesondere dann erfolgversprechend, wenn die Bündnisse breit aufgestellt sind, sie also aus lokalen Initiativen, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften und traditionellen Vereinsstrukturen wie Feuerwehren und engagierten Unternehmer*innen bestehen, die gemeinsam für eine wehrhafte und lebendige Demokratie eintreten. ●

„Sicherheitsmaßnahmen sind zu einem existenziellen Bestandteil der Arbeit für Demokratie geworden.“

— TIMO REINFRANK, Vorstand der Amadeu Antonio Stiftung

Interview mit Timo Reinfrank zu Demokratieschutz vor Ort

2024 habt ihr euch als Stiftung wegen der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg auf Ostdeutschland fokussiert. Was hat sich für die Menschen dort verändert?

Was alle Engagierten übereinstimmend berichten: Veranstaltungen, Orte und Menschen, die sich für Demokratie und Vielfalt

einsetzen, werden immer massiver bedroht. Das muss alarmieren.

Wie kann man sich das genau vorstellen?

Zum Beispiel wie beim CSD in Bautzen dieses Jahr: Neben dem Demonstrationszug gehen Rechtsextreme mit Lautsprecher her, lassen eine Flut gehässiger Kommentare los, outen die

Leute, nennen ihre Namen und Adressen.

Das bedeutet enormen Stress für Veranstalter*innen und Teilnehmende.

Ja. Viele halten das nicht aus und ziehen sich zurück. Jedes Jahr steigt die Zahl politisch motivierter Straftaten, die öffentliche Sicherheit erodiert und nichts passiert.

Was sind die Folgen?

2024 haben sich einige Initiativen bei uns gemeldet und wollten das Geld zurückgeben, das wir ihnen für ihre Veranstaltung schon bewilligt hatten.

Sie trauen sich nicht mehr, ihre Veranstaltungen durchzuführen?

Es wird einfach zu gefährlich. Zum Beispiel wollte ein kleines Festival in Thüringen nach zwei Jahren aufgeben, weil sie von Rechtsextremen bedroht wurden. Wir haben uns zusammengesetzt und beraten, was gebraucht wird. In diesem Fall war es Polizeischutz, aber der zuständige Polizeiabschnitt sagte, sie hätten keine Kapazitäten.

Wie habt ihr reagiert?

Wir haben eine Kameraüberwachung installiert und einen Profi-Dienstleister für Wachschatz engagiert. Als der sich bei der Polizei meldete, um Zuständigkeiten abzuklären, wurde man dort hellhörig. Schließlich gibt es einen klar definierten staatlichen Auftrag. Bei jedem Fußballspiel ist Polizeischutz Standard.

Habt ihr dieses neue private Sicherheitskonzept an mehreren Orten umgesetzt?

Ja, wir konnten 2024 auf diese Weise 17 Veranstaltungen von Potsdam über Jena bis Görlitz sichern.

Das heißt, eine Stiftung übernimmt an dieser Stelle den staatlichen Auftrag, die Meinungsfreiheit zu garantieren.

So sieht's aus. Immerhin kommt die Polizei dadurch in Erklärungsnote. Der Druck verändert die Situation. ●

Timo Reinfrank, Vorstand der Amadeu Antonio Stiftung



FOTO: Peter van Heesen

„Was Antisemitismus in Deutschland angeht, begann das Jahr 2024 am 7. Oktober 2023.“

— DR. NIKOLAS LELLE, Projektleitung Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus

Engagement gegen Antisemitismus

Seit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat sich gezeigt, wie schnell und massiv antisemitische Mobilisierungen in Deutschland und weltweit organisiert werden können: auf Social Media, an Universitäten und Schulen, in Kunst und Kultur. Die Zahl antisemitischer Vorfälle stieg rapide, islamistischer Terror wurde und wird ver-

harmlos oder sogar verherrlicht, jüdisches Leid geleugnet. Israelbezogener Antisemitismus ist wieder in Mode gekommen.

2024 hat aber auch gezeigt, dass viele Menschen bereit sind, sich gegen Antisemitismus zu engagieren. Die Berliner Aktionswochen gegen Antisemitismus arbeiten präventiv-pädagogisch mit Work-



Dr. Nikolas Lelle, Projektleitung Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus

shops, Fortbildungen, Bildungsmaterial und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um Antisemitismus in Berlin zu bekämpfen. Die Bildungs- und Beratungsangebote richten sich insbesondere an Schüler*innen, Jugendliche und junge Erwachsene, seit dem 7. Oktober 2023 vermehrt auch an Lehrkräfte.

2024 wurden Workshops mit dem Schwerpunkt „Israelbezogener Antisemitismus“ an Berliner Schulen durchgeführt. Darin konnten grundlegende Missverständnisse aus dem Weg geräumt und sichere Orte geschaffen werden, an denen alle Fragen erlaubt sind. Dieses Work-

shop-Format wurde nach der Corona-Pandemie über ein Jahr lang zusammen mit einer Schule in Berlin-Wilmersdorf entwickelt.

Zwei wichtige Meldestellen zu Antisemitismus, RIAS Niedersachsen und RIAS Thüringen (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus) sind in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung. Die Stellen dokumentieren das Aufkommen antisemitischer Vorfälle in dem jeweiligen Bundesland, veröffentlichen die Ergebnisse in Jahresberichten und machen so die Erfahrungen von Betroffenen und Zeug*innen antisemitischer Vorfälle sichtbar.

Seit 2024 betreibt die Amadeu Antonio Stiftung wieder beinahe tagesaktuell die Chronik antisemitischer Vorfälle, die einzige ihrer Art: eine zivilgesellschaftliche Chronik, die einen Eindruck davon gibt, wo welche Art von antisemitischen Vorfällen passiert. 433 Vorfälle wurden 2024 veröffentlicht: von Eierwürfen auf eine Wohnungstür aufgrund einer Israelfahne an Neujahr bis zur Bedrohung einer Jüdin in Berlin an Silvester.

Die von der Amadeu Antonio Stiftung koordinierten Aktionswochen gegen Antisemitismus sind die größte Kampagne gegen Antisemitismus in Deutschland. Vom 7. Oktober bis 18. November 2024 fanden bundesweit mehr als 100 Veranstaltungen von 100 Kooperationspartner*innen statt, die alle sehr gut besucht waren und zeigten, dass es eine Nachfrage nach antisemitismuskritischen Interventionen gibt. Allerdings standen die Aktionswochen gegen An-

tisemitismus 2024 vor ungeheuren Herausforderungen.

Erinnerungen an das Jahr 2020 drängten sich auf. Damals wurde in allen Städten antisemitisch mobilisiert, Unis wurden besetzt, Gedenkstätten beschmiert. In die Chronik antisemitischer Vorfälle mussten so viele Fälle aufgenommen werden wie nie zuvor. Wer sich antisemitismuskritisch engagierte, geriet ins Fadenkreuz anti-israelischer Aktivist*innen. Das bedeutete konkret: Die vielen Engagierten, die mit uns die Aktionswochen 2024 zu einem Erfolg machten, brauchten erstmals ausgeklügelte Sicherheitskonzepte.

In 80 deutschen Städten hingen über 3.000 Plakate, sehr viele davon wurden beschmiert oder abgerissen. Der Titel der Aktionswochen gegen Antisemitismus 2024 lautete „Terror und Gewalt gegen Juden“. Begleitend zur Kampagne kam die Broschüre „Terror gegen Juden – Gestern und Heute“ heraus, die in einer umfassenden Chronik nationale und internationale antisemitische Terrorakte detailliert dokumentiert. Dazu gehört die Webseite www.terrorgegenjuden.de. Wir erinnern damit an die vielen Ermordeten weltweit, aber eben auch hier in Deutschland. Viele davon sind in Vergessenheit geraten.

Mit Vorträgen, Workshops, Pressearbeit und eigenen Publikationen der Amadeu Antonio Stiftung bestimmen die Aktionswochen gegen Antisemitismus die öffentliche Auseinandersetzung mit diesem Thema wesentlich mit. Um zu informieren

und zu aktivieren, publizierten wir 2024 einen Flyer zu „Engagement gegen Antisemitismus“ sowie ein vielbeachtetes Lagebild zur Zusammenarbeit von Islamisten mit Antisemitisten. ●

Chronik
antisemitischer
Vorfälle:



**Die AMADEU
ANTONIO STIFTUNG
forscht**

„Forschung ist für uns mehr als Probleme zu erkennen und zu analysieren. Sie ist der Schlüssel, um gesellschaftliche Herausforderungen zu verstehen und praxisnahe Lösungen zu entwickeln.“

— ANNE TAHIROVIC, Geschäftsführerin des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung. Anliegen des IDZ ist es, die demokratische Kultur und Zivilgesellschaft in Thüringen, den ostdeutschen Bundesländern und darüber

hinaus zu stärken. Anders als vergleichbare Einrichtungen verbindet sich so wissenschaftliche Forschung gezielt mit zivilgesellschaftlichem Engagement. Das Institut identifiziert Wissenslücken darüber, wie sich Demokratiefeindlichkeit äußert, und nutzt empirische Forschung, um die Lücken zu schließen und zu zeigen, wie Demokratie konkret gefördert werden kann.

Dieser Ansatz wurde 2024 ausführlich dargelegt: im Sammelband „Forschungsbasierter Wissenstransfer und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ sowie in unserer Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“.

Die Forschung des IDZ ist zentral, um Ursachen und Dynamiken von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus zu verstehen und die Rolle auszuloten, die die Zivilgesellschaft bei der Stärkung der Demokratie spielt. Die Ergebnisse fließen in politische Beratung und zivilgesellschaftliche Praxis ein.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit lag 2024 auf der Analyse der Kommunal- und Landtagswahlen in Thüringen. Die AfD, derzeit stärkste politische Kraft, untergräbt systematisch das Vertrauen in demokratische Institutionen. Sie steigert autoritäre und rassistische Tendenzen. Die Gefahr, dass marginalisierte Gruppen und Aktivist*innen gezielt angegriffen werden, wächst parallel dazu. Nach der Landtagswahl 2024 wird in Modellregionen untersucht, welche lokalen Ursachen für die Zunahme rechtsextremer Einstellungen verantwortlich sind und welche Ansätze zur Förderung demokratischer Werte

Digitale Demokratiegefährdung

Antidemokratische Mobilisierung findet im Internet in Chatgruppen, auf sozialen Plattformen und in Foren statt. Um Muster, Netzwerke, Trends und Themenentwicklungen erkennen, dauerhaft im Blick behalten und wissenschaftlich aufarbeiten zu können, werden möglichst umfangreiche belastbare Daten gesammelt. In Zusammenarbeit mit dem Else-Frenkel-Brunswick-Institut der Universität Leipzig beschäftigt sich die Amadeu Antonio Stiftung besonders intensiv mit der extremen Rechten und Verschwörungsglauben in Sachsen. „Das Feld der Computational Social Science ist relativ jung, wir wenden dort neueste technische Tools und Methoden an. Am schönsten finde ich es, wenn meine quantitativen Ergebnisse durch qualitative Analysen aus Sozialwissenschaft und Sozialpsychologie ergänzt und eingeordnet werden. Die Ergebnisse erscheinen in Form der Digital-Reports, als Artikel in Fachzeitschriften oder auf Belltower.News.“

— GIDEON WETZEL, Daten-Analyst

Webseite
IDZ:



Erfolg versprechen. Im Fokus stehen auch Faktoren für das Gelingen zivilgesellschaftlichen Engagements, vor allem in ländlichen Regionen.

In den Analysen des IDZ ist deutlich zu sehen, dass bisherige Entlarvung, Aufklärung, Protestkampagnen und Skandale um die AfD das Wahlverhalten kaum beeinflusst haben.

Um der Radikalisierung entgegenzuwirken, müssen zivilgesellschaftliche Akteur*innen gestärkt werden. Dazu sind wirksame Maßnahmen gegen Desinformation und eine intensivere politische Bildung nötig.

Zum Thema Antisemitismus hat das IDZ im Juni 2024 die Broschüre „Ausprägungen der Erinnerungsabwehr an den Nationalsozialismus“ veröffentlicht. Darin wird analysiert, wie die Ablehnung der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der damit verbundene Antisemitismus den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Nach wie vor fehlt ein effektives Vorgehen gegen die Leugnung des Holocaust und die Relativierungen der NS-Verbrechen. ●

Auswahl Forschungsprojekte & Schriftenreihen des IDZ

01

Wissensnetzwerk
Rechtsextremismusforschung

02

Network of Excellence for
Training on HATE

03

Innerbehördliche
Auseinandersetzung mit
Rassismus

04

Machbarkeitsstudie zum
Aufbau eines Rechtshilfenetzwerkes
Antiziganismus

05

Wissen schafft
Demokratie 15/2024: Behindernde
Gesellschaft

„Antisemitismus ist in Deutschland schon seit Jahren ein alltagsprägendes Phänomen.“

— BENJAMIN STEINITZ, Geschäftsführer des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus

Interview mit Benjamin Steinitz zu anti-semitischer Gewalt in Deutschland

Benjamin Steinitz ist Geschäftsführer des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS), die antisemitische Vorfälle aus einer Betroffenenperspektive dokumentieren.

Welche Verbindung gibt es zwischen RIAS und der Amadeu Antonio Stiftung?

Die erste Recherche- und Informationsstelle wurde 2015 in Berlin mit der Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung gegründet, die Zusammenarbeit besteht bis heute. Den Bundesverband RIAS gibt es seit 2018. Wir arbeiten mit zwölf Meldestellen in den Bundesländern zusammen. Die Meldestellen in Niedersachsen und in

Thüringen – dort angebunden an das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena – sind in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung.

Wo werden die gesammelten Daten veröffentlicht?

Einmal im Jahr geben wir auf der Bundespressekonferenz ein Lagebild zu Antisemitismus in Deutschland heraus. Darin sind auch die antisemitischen Vorfälle dokumentiert, die nicht angezeigt wurden. Außerdem veröffentlichen wir Lageberichte und Studien zu einzelnen Phänomenen, zum Beispiel zu Antisemitismus

und Sexismus nach dem 7. Oktober 2023. Das Ziel ist immer, Entscheidungsträger*innen, die Öffentlichkeit und die Zivilgesellschaft in die Lage zu versetzen, Strategien im Umgang mit Antisemitismus zu entwickeln sowie die Perspektive von Betroffenen sichtbar zu machen.

Wie wirkt sich Antisemitismus auf die Betroffenen aus?

Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich die Situation deutlich verschärft, es gab einen drastischen Anstieg antisemitischer Vorfälle in ganz Deutschland. Wir sprechen allerdings schon seit mehreren Jahren von Antisemitismus als einem alltagsprägenden Phänomen. Das heißt: Jüdinnen*Juden sind tagtäglich mit Antisemitismus konfrontiert oder damit, wie sie ihn vermeiden.

Wie gehen sie damit um?

Es ist für Jüdinnen*Juden eine tägliche Aushandlung. Was rate ich meinen Kindern, wie sie in der Schule oder Kita mit ihrer jüdischen Identität umgehen? Was sage ich Kommiliton*innen? Befragungen unter Studierenden zeigen, dass sich etwas verändert, sobald bekannt wird, dass sie jüdisch sind. Entweder stoßen sie auf Ablehnung bis hin zu Anfeindungen oder – nicht weniger unangenehm – sie müssen als Expert*in für Antisemitismus herhalten.

Wie ist die Lage von Hochschul-lehrer*innen?

Nach dem 7. Oktober 2023 haben sie sich notgedrungen zu-

Benjamin Steinitz, Geschäftsführer des Bundesverbands RIAS



FOTOS: Bundesverband RIAS

sammengeschlossen, um Erfahrungen auszutauschen. In einer Umfrage in Deutschland, Österreich und der Schweiz geben 63 Prozent der jüdischen Hochschullehrenden an, verbal angefeindet worden zu sein, 14 Prozent, dass sie Personenschutz oder andere Schutzmaßnahmen in Anspruch nehmen müssen, und 13 Prozent, dass sie ihre Lehre nur noch per Videocall durchführen können. Das hat Auswirkungen auf die berufliche Entwicklung.

Welche Vorfälle stechen heraus?

Am Abend des 3. Februar 2024 wurde ein jüdischer Student in Berlin-Mitte krankenhaushausreif geprügelt. Er hatte sich zuvor an der FU Berlin in einer Gruppe gegen Antisemitismus engagiert und die Gewaltverherrlichung anti-israelischer Aktivist*innen kritisiert. In diesem Zusammenhang wurde er auf Social-Media-Kanälen als Feind markiert und unter anderem als „rechter Zionist“ bezeichnet. Das hat gereicht, dass ihn ein anderer Studierender in einer Kneipe erkannt und völlig losgelöst vom Zusammenhang der Uni lebensgefährlich verletzt hat.

Und weniger prominente

Beispiele?

Ein jüdisches Restaurant veröffentlicht auf Facebook seine Urlaubszeiten, woraufhin ein Bild von Benjamin Netanjahu als Adolf Hitler gepostet wird, mit dem Kommentar: „Bleibt geschlossen, ihr macht uns alle eine Freude.“ Es gibt ein ganzes Spektrum: von Gewaltandrohungen bis hin zu

konkreter Gewalt. Auf vielen Versammlungen wurde zu Gewalt gegen Jüdinnen*Juden und zur Vernichtung Israels aufgerufen.

Zieht sich Antisemitismus durch die ganze Gesellschaft?

Ja, und durch alle politischen Lager von rechtsextrem bis hin zu links-antiimperialistischen Kreisen. Antisemitismus ist sowohl in einem christlich-antijudaistischen als auch in islamistischen Milieus bis in die Mitte der Gesellschaft zu finden. Die allgegenwärtige Präsenz von Antisemitismus, sei es in Form von Beschimpfungen auf Versammlungen oder Schmierereien im Straßenbild, führt auf Dauer dazu, dass Antisemitismus als normal wahrgenommen wird.

Welche Veränderungen erwartet der Bundesverband RIAS 2025?

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die neu gewählte Bundesregierung die Zivilgesellschaft anders bewerten wird als die vorherige. Staatliche Zuwendungen machen gegenwärtig etwa 90 Prozent unseres Haushalts aus. Wir stellen fest, dass wir uns darauf nicht ewig verlassen können und weniger abhängig von staatlicher Förderung werden müssen. ●

„Antifeminismus ist ein Thema für die Amadeu Antonio Stiftung, weil er eng mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen menschenfeindlichen Ideologien verknüpft ist und häufig als verbindendes Element fungiert, das diese Strömungen zusammenführt und verstärkt.“

— SABINE HERBERTH, Projektleitung Engagement gegen Antifeminismus

Engagement gegen Antifeminismus

Zahlen sprechen oft für sich: Als die Meldestelle Antifeminismus Anfang 2023 online ging, wurden bereits im ersten Jahr 814 Meldungen erfasst. Und auch die Statistiken zur Verbreitung von Antifeminismus verdeutlichen die Dringlichkeit demokratischen Handelns. Die Zustimmungswerte zu Aussagen wie „Frauen, die in ihren Forderungen zu

weit gehen, müssen sich nicht wundern, wenn sie in ihre Schranken gewiesen werden“ lagen 2020 bei 19 Prozent, 2022 waren es bereits 25 Prozent.

An diese Erkenntnis knüpfte 2024 die Social-Media-Kampagne #SagsDeinerMutter an. Der konservativen Gruppe 15- bis 35-jähriger Männer wurde die Frage gestellt:



Sabine Herberth, Projektleitung Engagement gegen Antifeminismus

Würdest du solche frauenfeindlichen Sprüche auch zu deiner Mutter sagen? Diese Kampagne wird 2025 weiterentwickelt.

Doch antifeministisches Denken geht häufig mit Taten einher. 2024 standen verstärkt Frauenverbände und Gleichstellungsorganisationen unter Beschuss, Frauen in der Lokal- und Kommunalpolitik wurden vermehrt Opfer von Anfeindungen und Gewalt. Ein weiteres regelmäßiges Ziel frauenfeindlicher Gewalt waren Frauenhäuser und Beratungsstellen – also Räume und Institutionen, die eigentlich Schutz bieten sollen.

Die Amadeu Antonio Stiftung nimmt sich diesem Thema an und begreift es vor allem in seiner Verschränkung mit anderen Formen von Menschenfeindlichkeit. So ist Antifeminismus oft eng mit einem rechtsextremen Weltbild verknüpft und trifft auf Queer- und Transfeindlichkeit sowie Rassismus und Antisemitismus. Anhand der Daten der Meldestelle Antifeminismus konnte die Amadeu Antonio Stiftung Beratungs- und Präventionsangebote entwickeln und betroffene Frauen, queere und trans* Personen unterstützen, die in ihrer zivilgesellschaftlichen feministischen Arbeit permanenten Anfeindungen ausgesetzt sind. ●

FOTO: Julian Paul

**Die AMADEU
ANTONIO STIFTUNG
sorgt für
Öffentlichkeit**

„Wir sind die Stimme der demokratischen Zivilgesellschaft in Debatten, die sonst stark von Desinformation, Stimmungsmache und Schwarz-Weiß-Denken geprägt sind.“

— ROBERT LÜDECKE, Pressesprecher der Amadeu Antonio Stiftung

Die Advocacy- und Öffentlichkeitsarbeit der Amadeu Antonio Stiftung bringt wichtige Themen in die öffentliche Diskussion, die sonst oft übersehen werden. Wir machen die Anliegen von Menschen sichtbar, die von Diskriminierung und rechter Gewalt betroffen sind, und stärken die demokratische Zivilgesellschaft. Wir setzen unbequeme Themen wie Menschenfeindlichkeit und Demokratiegefährdung auch dann auf die Agenda, wenn sie gerade keine mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit bekommen. Immer mehr Medien greifen unsere Positionen auf, die Reichweite in den sozialen Netz-

werken wächst, und mit unserem unabhängigen Onlineportal Belltower. News bieten wir eine Plattform, die Fakten liefert und Debatten anstößt.

Während 2024 rassistisch geführte Migrationsdebatten die Medien bestimmten, haben wir auf die alltägliche Gewalt gegen Geflüchtete aufmerksam gemacht. Während Deutschland diskutierte, ob die AfD wirklich verboten werden sollte, haben wir deren enge Verbindungen zum Rechtsterrorismus dokumentiert. Als mehr Grenzkontrollen und Abweisungen debattiert wurden, deckten wir auf, dass Rechtsextreme mit bewaffneten Bürgerwehren das Recht längst selbst in die Hand nehmen. Während Rechtsextreme migrantische Jugendliche als „Talahons“ zum Sicherheitsrisiko erklärten, warnten wir vor einer Rückkehr des Rechtsextremismus als angesagter Jugendkultur, den „Baseballschlägerjahren 2.0“, in denen Jugendliche wieder fest zum Bild von Neonazi-Demos gehören und an Gewaltausbrüchen beteiligt sind. Als Europa im Fußball-EM-Fieber war, erklärten wir, dass der „Wolfsgruß“ im Stadion keine Siegesgeste, sondern als Erkennungszeichen des türkischen Rechtsextremismus zu ächten ist.

VOM VIRALEN VIDEO ZUM GESELLSCHAFTLICHEN WECKRUF

Als das Video von rassistischen Gesängen zum Italo-Pop-Hit „L'amour toujours“ auf Sylt im Internet kursierte, gehörten wir als Amadeu Antonio

Robert Lüdecke, Pressesprecher der Amadeu Antonio Stiftung



FOTO: Lorenz Blumenthaler



Kira Ayyadi, Redakteurin Belltower.News

Stiftung zu denen, die schon mehrere solcher Fälle kannten, obwohl sie nicht viral gegangen waren. Wir warnten in den sozialen Netzwerken vor einer weiteren Verbreitung des Videos, weil Nachahmung zu befürchten war. Schnell wendeten sich erste Lokalmedien an uns und baten um eine Einordnung. Der Trend nahm trotzdem seinen Lauf, der Song wurde zur selbsterklärenden Betriebsanleitung für Rassismus. Von der Märkischen Oderzeitung über den Deutschlandfunk bis zur Tagesschau erklärten wir in über 80 Medienformaten, wie es zu dieser Enthemmung kommen kann, was das mit der Nor-

malisierung von Rechtsextremismus zu tun hat und wie so ein Trend aufzuhalten ist. Mit Erfolg! Für einige Tage sprach Deutschland nicht mehr über Rassismus als „Einzelfall“, sondern über Rechtsextremismus als weitreichendes Problem.

MIT COMMUNITY-POWER GEGEN RECHTE HETZE

Im Februar 2024 veröffentlichte ein rechtsextremer Blog, der seit Jahren Stimmung gegen Asylsuchende macht, eine Google-Karte mit Flüchtlingsunterkünften – laut Beschreibung angeblich, damit Spenden schneller am richtigen Ort ankommen. Wir waren überzeugt, dass die Karte mit Hunderten Einträgen nichts anderes als eine Zielmarkierung für Hass, Hetze und im schlimmsten Fall Anschläge war. Die Herausgeber wollten damit das Narrativ der „Überfremdung“ füttern. Über unsere Social-Media-Kanäle baten wir unsere Community mit einer Schritt-für-Schritt-Anleitung, die Karte zu melden, damit Google sie entfernt. Mehrere überregionale Medien berichteten, Hunderte User*innen teilten in den Kommentarspalten mit, dass sie die Karte gemeldet hatten. Nur wenige Tage später wurde sie aus dem Netz genommen.

MEHR ALS ZAHLEN: OPFER RECHTER GEWALT ERHALTEN WÜRDIGUNG

Mit der Chronik der Todesopfer rechter Gewalt macht die Stiftung seit 1990 das Ausmaß rechtsextremer

Gewalt sichtbar, gibt den Opfern ihre Namen und Geschichten zurück und fordert stetig, die Schicksale der Betroffenen auch staatlich anzuerkennen. Die fehlende Würdigung spricht Betroffenen ihre Erfahrungen ab, blendet politisch motivierte Straftaten aus und verhindert Entschädigungsansprüche. Von 220 Todesopfern rechter Gewalt, die die Stiftung

dokumentiert, sind nur 116 staatlich anerkannt. Nordrhein-Westfalen, das Bundesland mit den meisten Todesopfern rechter Gewalt, hat 30 Tötungsdelikte aus den Jahren 1984 bis 2020 erneut auf eine mögliche rechtsextreme Motivation untersucht und dabei auch die von der Amadeu Antonio Stiftung dokumentierten Fälle und deren Einschätzung berücksichtigt. Drei Todesfälle und ein Fall von Körperverletzung konnten so nachträglich anerkannt werden. ●

Belltower.News

„Belltower.News ist die journalistische Plattform der Amadeu Antonio Stiftung. Wir analysieren und ordnen ein. Hier schreiben sowohl externe Expert*innen als auch Kolleg*innen aus der Stiftung. So wurde auch im Jahr 2024 das Wissen der Mitarbeitenden der Amadeu Antonio Stiftung hervorgehoben. Zusätzlich haben wir unser Netzwerk ausgebaut, um auf aktuelle Fragen zu reagieren und der Zivilgesellschaft einen Werkzeugkasten mit Argumenten, Fakten und Analysen zu bieten. Dieses Handwerkszeug erreicht auch deshalb so viele Menschen, weil wir mit dem Medienprojekt Volksverpetzer kooperieren, das unsere Artikel regelmäßig einem noch breiteren Publikum präsentiert. Und wir schauen nach vorn: Ein Jahr nach dem Terror des 7. Oktobers 2023 war die dritte Staffel der Textreihe ‚tacheles‘ ein Debattenraum für Betroffene und Expert*innen, der den eskalierenden Antisemitismus beschreibt, aber auch mit Blick auf die Zukunft die Frage stellt, die für Belltower.News immer zentral bleibt: Was tun?“

KIRA AYYADI, Redakteurin Belltower.News

FOTO: privat

MEDIADATEN 2024

Erwähnungen der Stiftung in Medienberichten	982
Newsletter- Abonent*innen	10.130
Follower*innen auf Social Media	227.400
Downloads und Bestellungen von Publikationen	> 60.000

Chronik Todesopfer
rechter Gewalt:



Digitale Demokratie- stärkung

Die digitale Welt ist zum zentralen Schauplatz für öffentliche Debatten geworden. Täglich zirkulieren große Mengen an Bildern, Texten und Videos. Informationen und Desinformationen stehen oft nebeneinander. Um sich in dieser Realität zurechtzufinden, braucht es Angebote, die digitale Mündigkeit und digitale demokratische Strukturen stärken.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

„Die Nutzung von Künstlicher Intelligenz birgt große Potenziale für Organisationen der Zivilgesellschaft, etwa, um Hasskommentare online

zu klassifizieren und bei möglichen Moderationsstrategien in Foren und Kommentarspalten zu unterstützen. Gleichzeitig müssen wir den Einsatz von KI-Tools kritisch begleiten und ethische, demokratische Standards berücksichtigen. KI-generierte Inhalte sind dann gefährlich, wenn sie für Manipulation, Falschinformation und die Abwertung von Einzelpersonen und Gruppen eingesetzt werden, denn dadurch können Polarisierung und Verschwörungsdenken verstärkt werden.“

— *Teresa Sündermann,*
Projektleitung Civic.net

DEMOKRATISCHE RESILIENZ

„In Sachsen haben wir vor den Landtagswahlen 2024 in mehr als 40 Workshops mit fast 1.000 Teilnehmenden einen wichtigen Beitrag geleistet, um Bürger*innen für die Herausforderungen von Desinformation zu sensibilisieren. Für 2025 planen wir, bundesweit mehr als 100 faktenstark-Workshops zu organisieren und ein Netzwerk von Trainer*innen aufzubauen, das demokratische Resilienz stärkt und die Gesellschaft für Fake News und manipulative Inhalte wappnet.“

— *Una Titz,*
Projektleitung faktenstark

IMMUNITÄT GEGEN DESINFORMATION

„Mit dem Modellprojekt pre:bunk haben wir allein 2024 mehr als 70 Videos veröffentlicht, um auf TikTok



Theresa Lehmann, Projektleitung pre:bunk

gien und Desinformation auf und regt zur Reflexion über die eigene demokratische Haltung im Netz an. Anstatt uns pädagogisch aus Online-Räumen zurückzuziehen, geben wir Jugendlichen Tools an die Hand, mit denen sie sich dort sicher und kompetent bewegen können.“

— *Eva Schwarz,*
Projektleitung re:set

ein junges Publikum über Desinformationsstrategien aufzuklären. Unsere Kommentarspalte wurde pädagogisch betreut, um Skepsis gegenüber faktenbasiertem Journalismus und demokratischen Institutionen angemessen zu begegnen.“

— *Theresa Lehmann,*
Projektleitung pre:bunk

GEZIELTER KOMPETENZAUFBAU

„Das Online-Selbstlernntool Swipe-Away verknüpft politische Bildung mit den medialen Nutzungsgewohnheiten junger Menschen. Es klärt interaktiv über Manipulationsstrate-

Teresa Sündermann, Projektleitung Civic.net

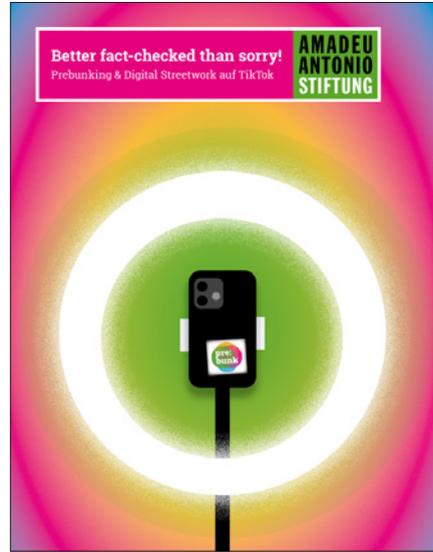




PUBLIKATIONEN

Die Veröffentlichungen der Amadeu Antonio Stiftung sprechen ein breites Publikum an. Schüler*innen werden mit verständlich aufbereiteten Informationen für ihren Vortrag etwa über Reichsbürger versorgt, Wissenschaftler*innen finden aktuelle soziologische Forschungen beim IDZ, zivilgesellschaftlich Engagierte bekommen konkrete Handreichungen für den Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Die Publikationen machen Wissen zugänglich, stoßen Debatten an und unterstützen bei der Umsetzung neuer Strategien. Sie dienen als wertvolle Werkzeuge für Aufklärung, Diskussion und Demokratieförderung. Broschüren und PDFs werden als Unterrichtsmaterial, als Leitfaden für Multiplikator*innen oder als Grundlage und Inspiration für politische Entscheidungen in Schulen, in der politischen Bildung und in zivilgesellschaftlichen Initiativen eingesetzt. ●

Publikationen 2024



Publikationen bestellen:





ARBEITSSCHWERPUNKTE

PROJEKT

SCHWERPUNKT

Belltower.News

Belltower.News ist die journalistische Plattform der Amadeu Antonio Stiftung, die über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus berichtet

Opferfonds CURA

Unterstützt Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer und anderer Formen menschenverachtender Gewalt mit finanziellen Mitteln zur Abmilderung der Notlage oder für die Durchsetzung ihrer Rechte

PROJEKT	SCHWERPUNKT
Projektförderung der Amadeu Antonio Stiftung	Fördert Initiativen und Projekte, die sich für die demokratische Zivilgesellschaft, Minderheitenschutz und Menschenrechte einsetzen. Teil der Projektförderung ist der Förderfonds Gegenwind. <i>Gefördert u.a. aus Mitteln der Demokratie-Stiftung Campact.</i>
Sheroes Fund	Unterstützt Frauen, trans*, inter* und nicht-binäre Personen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von Diskriminierung einsetzen und deshalb bedroht werden
Archiv- und Vermittlungsprojekt „Antisemitismus als Kulturtechnik“	Erstellt ein Online-Video-Archiv zum Verhältnis von Antisemitismus und Kultur und überführt die Inhalte in einen künstlerischen Film zur Präsentation in bundesweiten Kulturinstitutionen. <i>Gefördert durch: Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien</i>
Auswertung der Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse zum NSU-Komplex	Wertet den Umsetzungsstand der Empfehlungen der Untersuchungsausschüsse zum NSU-Komplex aus. <i>Im Auftrag des Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung</i>

PROJEKT	SCHWERPUNKT
Berlin gegen Hassgewalt – Soforthilfefonds für Betroffene	Bietet schnelle und unbürokratische finanzielle Hilfe für Betroffene von Hassgewalt in Berlin. <i>Gefördert durch: Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport und Landeskommision Berlin gegen Gewalt</i>
Berlin steht an der Seite Betroffener rechter Gewalt	Vernetzt gesellschaftliche Akteur*innen zur Unterstützung Betroffener rechter Gewalt und stärkt deren Perspektiven in Justiz und Ermittlungsbehörden. <i>Gefördert durch: Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung im Rahmen des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.“</i>
Berliner Aktionswochen gegen Antisemitismus	Fokussiert auf Berlin, bieten die Aktionswochen Workshops, Fortbildungen und öffentliche Aktionen, um gegen Antisemitismus vorzugehen. <i>Gefördert durch: Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung im Rahmen des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.“</i>
Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus	Organisiert bundesweite Kampagnen zur Aufklärung über Antisemitismus und bildet den bundesweit größten zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss gegen Antisemitismus. <i>Gefördert durch: Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus</i>

PROJEKT

SCHWERPUNKT

Bildungsveranstaltungen im Rahmen der Richtlinienförderung der Bundeszentrale für politische Bildung

Als anerkannter Bildungsträger führt die Amadeu Antonio Stiftung bundesweit Veranstaltungen durch, die politische Bildung und demokratische Teilhabe fördern.
Gefördert durch: Bundeszentrale für politische Bildung

Brüche der Erinnerung – Post-Shoa-Antisemitismus als Erinnerungsabwehr in Sachsen

Konzipiert Formate für junge Menschen und Erwachsene, um sich mit dem Thema Post-Shoa-Antisemitismus auseinanderzusetzen. Lokale Umsetzung im Landkreis Nordsachsen sowie in der Stadt und im Landkreis Leipzig.
Gefördert durch: Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt im Rahmen des Programms „Weltoffenes Sachsen“

Civic.net – Aktiv gegen Hass im Netz

Fördert im Land Berlin die Resilienz von zivilgesellschaftlichen Organisationen gegen digitale Anfeindungen und Shitstorms.
Gefördert durch: Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung im Rahmen des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.“

Debunk – Verschwörungstheoretischem Antisemitismus entgegenzutreten

Entwickelt Formate und Methoden für Fachkräfte, um mit jungen Menschen das Thema Verschwörungsideologie zu bearbeiten. Wird lokal in Sachsen, v.a. im Landkreis Nordsachsen, Bautzen und im Vogtlandkreis sowie in der Stadt Bautzen umgesetzt.
Gefördert durch: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt im Rahmen des Programms „Weltoffenes Sachsen“

PROJEKT

SCHWERPUNKT

demo:create – politische Bildung im Videoformat

Bietet hybrides Bildungsmaterial und Workshops für audiovisuellen Medienkonsum und Umgang mit Desinformation & Hate Speech auf TikTok.
Gefördert durch: TikTok

Digital Awareness

Analysiert Social-Media-Diskurse zu politischen und gesellschaftlichen Themen, um demokratierelevante Narrative sichtbar zu machen.
Gefördert durch: Freudenberg Stiftung

Digital Reports

Bietet datengestütztes Monitoring zu extrem rechten und antidemokratischen Akteur*innen in Sachsen. Das Projekt ist Teil der geförderten Maßnahmen des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts (EFBI) der Universität Leipzig.
Das EFBI wird gefördert durch Mittel des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Diskriminierung bei Waren und Dienstleistungen im digitalen Raum. Neue Potenziale und Wege von Testings nutzen

Testet neue Methoden zur Erkennung von Diskriminierung im digitalen Handel mit Fokus auf Versicherungsprodukte und transfeindliche Kommunikation.
Gefördert durch: Antidiskriminierungsstelle des Bundes

PROJEKT

SCHWERPUNKT

Durchführung einer Abfrage unter Antidiskriminierungsberatungsstellen zum Beratungsaufkommen und zu Erkenntnissen aus der Beratungstätigkeit

Führte eine bundesweite Erhebung unter Antidiskriminierungsberatungsstellen durch.
Gefördert durch: Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Entschwörung vor Ort/Fachstelle für politische Bildung und Entschwörung

Setzt sich mit der Verbreitung von Verschwörungsideologien und -narrativen auseinander und fördert kritische Auseinandersetzung.
Gefördert durch: Bundesministerium des Innern und für Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und durch die Bundeszentrale für politische Bildung

Faktenstark: Stark gegen Desinformation!

Vermittelt in Workshops Wissen und Werkzeuge zur Erkennung und Bekämpfung von Desinformation.
Gefördert durch: Bertelsmann Stiftung

Forschungsinstitut gesellschaftlicher Zusammenhalt

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) ist das Jenaer Teilinstitut des bundesweiten Forschungsverbundes, das interdisziplinär zu gesellschaftlichem Zusammenhalt forscht.
Gefördert durch: Bundesministerium für Bildung und Forschung

PROJEKT

SCHWERPUNKT

Forum demokratische Kultur und zeitgenössische Kunst

Bietet einen Raum für publizistische und künstlerische Kulturkritik mit Fokus auf antimoderne Ideologien und Antisemitismus

From the Radical to the Norm

Erforscht die ästhetischen Strategien der extremen Rechten in Musik, Mode und Online-Medien und zeigt auf, wie kulturelle Produktion zur Normalisierung extremistischer Ideologien beiträgt.
Gefördert durch: The Research Council of Norway

Good Gaming – Well Played Democracy

Fördert eine positive und respektvolle Kultur in der Gaming-Community.
Gefördert durch: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ und Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung

HateShield

Unterstützt BIPOC und LSBTIAQ+ Communitys im Kampf gegen Hate Speech in Niedersachsen durch Workshops und Fortbildungen.
Gefördert durch: Niedersächsisches Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte

PROJEKT

SCHWERPUNKT

Heilige Allianzen: Die gemeinsame Online-Agitation von extremen Rechten und konservativen Christ*innen gegen pluralistische Geschlechter- und Sexualidentitäten

Entwickelt ein Workshopformat mit Publikation, das Verbindungen zwischen extrem Rechten und konservativen Christ*innen aufzeigt und christliches Engagement gegen demokratiefeindliche Ideologien stärkt.
Gefördert durch: Bundeszentrale für politische Bildung

Innerbehördliche Auseinandersetzung mit Rassismus

Untersucht innerbehördliche Auseinandersetzungen mit Rassismus in kommunalen Sozialverwaltungen und der Polizei auf individueller und institutioneller Ebene.
Gefördert durch: Bundesministerium des Innern und für Heimat

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) (Strukturprojekt)

Das IDZ Jena analysierte 2024 u.a. die Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen in Thüringen mit Fokus auf rechts-extreme Wahlergebnisse und deren Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft vor Ort sowie regionale und lokale Engagementstrukturen der Antidiskriminierungsarbeit mit besonderem Fokus auf den ländlichen Raum.
Gefördert durch: Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit „DenkBunt“

ju:an-Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit

Bietet Workshops, Fortbildungen und Beratung für Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Umgang mit Antisemitismus und Rassismus.
Gefördert durch: Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung im Rahmen des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.“

PROJEKT

SCHWERPUNKT

Jugendliche und Europa: zwischen Polarisierung und Zusammenhalt

Untersucht, wie junge Menschen in Deutschland den demokratischen Zusammenhalt in Europa wahrnehmen – sowohl in ihren Einstellungen als auch in ihrem Verhalten.
Gefördert durch: Bundesministerium für Bildung und Forschung

Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention

Expertise in der Prävention von Rechtsextremismus: zentrale Anlaufstelle für Beratung und Unterstützung.
Gefördert durch: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und Freudenberg Stiftung

Machbarkeitsstudie zum Aufbau eines Rechtshilfenetzwerkes Antiziganismus

Prüft den Aufbau eines Rechtshilfenetzwerks für Betroffene antiziganistischer Gewalt und Diskriminierung.
Gefördert durch den Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland

Meldestelle Antifeminismus

Dokumentiert und analysiert antifeministische Vorfälle und Betroffenerfahrungen bundesweit. Bietet Beratung und verweist Betroffene an lokale Stellen. Entwickelt Fachberatung und Qualifizierungsangebote für den Umgang mit Antifeminismus sowie Präventions- und Schutzkonzepte für zivilgesellschaftliche Akteur*innen.
Die Meldestelle Antifeminismus ist Teil des Verbundprojektes „Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken“, mit dem Gunda-Werner-Institut in der Heinrich Böll Stiftung e.V. und Dissens – Institut für Bildung und Forschung e.V. und wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

PROJEKT	SCHWERPUNKT
NEOVEX	Untersucht, wie Plattformpolitik die Verbreitung extremistischer Inhalte beeinflusst und betrachtet dabei insbesondere die Wechselwirkungen zwischen technischen Strukturen, anti-demokratischen Ideologien und politischer Mobilisierung. <i>Gefördert durch: Bundesministerium für Bildung und Forschung</i>
Net Citizens Berlin – die demokratische Contentschmiede	Stärkt die digitale Berliner Zivilgesellschaft durch kritische Medienbildung und partizipative Contentproduktion, gemeinsam mit Influencer*innen. Fördert die aktive Mitgestaltung des digitalen Raums und die Fähigkeit, vertrauenswürdige Informationen zu erkennen. <i>Gefördert durch: Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung im Rahmen des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.“</i>
NETHATE	Untersucht den Zusammenhang von rassistischer Hassrede und Hasskriminalität. <i>Gefördert durch: Europäische Union im Rahmen der Förderrichtlinien „Marie Skłodowska-Curie Innovative Training Networks“</i>
pre:bunk – Digital Streetwork im Videoformat	Erstellt Kurzvideos zu Desinformation und demokratiefeindlichen Inhalten auf TikTok und bietet Materialien für Multiplikator*innen. <i>Gefördert durch: Bundeszentrale für politische Bildung</i>

PROJEKT	SCHWERPUNKT
PrEval	Das Verbundprojekt PrEval entwickelt neue Ansätze zur Evaluation und Qualitätssicherung in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung. <i>Gefördert durch: Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung aus Mitteln des Bundesministeriums des Innern und für Heimat</i>
Rassismus als Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts	Untersucht innerbehördliche Auseinandersetzungen mit Rassismus in kommunalen Sozialverwaltungen und der Polizei auf individueller und institutioneller Ebene. Analysiert qualitativ, wie strukturelle Rahmenbedingungen diese Prozesse beeinflussen. <i>Gefördert durch: Bundesministerium des Innern und für Heimat</i>
re:set – Jugend gegen Hass im Netz	Stärkt Jugendliche im Umgang mit Hassbotschaften und fördert digitale Zivilcourage. <i>Gefördert durch: Stiftung Mercator</i>
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Niedersachsen	Plattform für die Dokumentation und Bearbeitung antisemitischer Vorfälle in Niedersachsen. Erstellt jährliche Statistiken und Analysen zum Problemfeld Antisemitismus in Niedersachsen und betreibt Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit. <i>Gefördert durch: Niedersächsisches Justizministerium, Landeshauptstadt Hannover, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, Landespräventionsrat Niedersachsen, Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen</i>

PROJEKT

SCHWERPUNKT

Recherche- und
Informationsstelle
Antisemitismus
Thüringen

Meldestelle für antisemitische Vorfälle in Thüringen. Erstellt jährliche Statistiken und Analysen zum Problemfeld Antisemitismus in Thüringen und betreibt Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit.
Gefördert durch: Thüringer Staatskanzlei

Sächsischer
Förderpreis für
Demokratie

Zeichnet jährlich Initiativen und Projekte aus, die sich in Sachsen für Demokratie und gegen Diskriminierung engagieren.
Gefördert durch: Dirk Oelbermann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Sebastian Cobler Stiftung, Finanzierung des Sonderpreises Peter-Henkenborg-Preis für die Didaktik der politischen Bildung durch das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Selbstbestimmt
vernetzen, erinnern
und bilden

Fördert Gedenkinitiativen Betroffener rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Anschläge nach 1945 sowie deren Solidaritätsnetzwerk.
Gefördert durch: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

Situations- und
Ressourcenanalyse
zur demokratischen
Kultur und ihrer
Gefährdungen in
Thüringer Kommunen

Analysierte Thüringer Kommunen in Bezug auf Rechts- extremismus, extrem rechte Strukturen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die Studien verstehen sich als praxisnahe Beiträge zu kritischer, problemzentrierter Sozialraumforschung.
Gefördert durch: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

PROJEKT

SCHWERPUNKT

Starke Lehrer –
starke Schüler

Stärkt Lehrkräfte im Umgang mit Rechtsextremismus und fördert eine demokratische Diskussionskultur in Schulen.
Umsetzung durch Kooperationsvertrag zwischen Amadeu Antonio Stiftung und Landesamt für Schule und Bildung in Sachsen. Das Gesamtprogramm wird aus Haushaltsmitteln des Sächsischen Kultusministeriums finanziert

Take a Stand
Against
Antifeminismus

Bekämpft antifeministische Einstellungen und fördert eine Kultur der Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit

Trans*feindlichkeit:
Kontexte, aktuelle
Dynamiken
und Auswirkungen

Erforschte organisierte Trans*feindlichkeit und ihre Folgen. Gemeinsam mit Trans* e.V. entwickelte das IDZ Jena praxisnahe Empfehlungen mit Community-Expert*innen.
Gefördert durch: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Weiterentwicklung der
Prävention von
sowie Beratung zu
Verschwörungsdenken
in Zusammenhang
mit extremistischen
Einstellungen

Der Trägerverbund aus VPN, Modus ZAD und Amadeu Antonio Stiftung entwickelt gemeinsam eine bundesweite Verweisberatung zu Verschwörungsdenken – ergänzt durch analoge und digitale Austauschformate.
Das Vorhaben finanziert sich aus Mitteln des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat. Es handelt sich nicht um ein Förderprojekt, sondern um eine Vergabe durch den Auftraggeber. Die Mittel erhält VPN. Die Amadeu Antonio Stiftung erhält Weiterleitungsmittel

PROJEKT

SCHWERPUNKT

Wissensnetzwerk
Rechtsextremismus-
forschung

Systematisiert Wissen über Rechtsextremismus, bringt wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Akteur*innen in Austausch, organisiert den Wissenschafts-Praxis-Transfer und die Förderung von Nachwuchswissenschaftler*innen.
Gefördert durch: Bundesministerium für Bildung und Forschung

ZADA Pilotprojekt in
Sachsen (Das Deutsche
Zentrum für eine Gesell-
schaft ohne Antisemitis-
mus, Diskriminierung
und Ausgrenzung)

Konzipiert eine innovative Bildungs- und Begegnungsstätte gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Antisemitismus. Das Pilotprojekt wird lokal in Sachsen, v.a. in der Stadt Chemnitz umgesetzt.
Gefördert durch: Bundesministerium des Innern und für Heimat aus dem Titel „Zuschuss für die Förderung der jüdischen Gemeinschaft, der christlich-jüdischen Zusammenarbeit sowie des interreligiösen und interkulturellen Dialogs“.
Antragsteller ist ZADA. Die Amadeu Antonio Stiftung erhält Weiterleitungsmittel



AUSGEZEICHNET!

„Seit einiger Zeit werden nicht die Rechtsextremen für den Imageschaden verantwortlich gemacht, sondern diejenigen, die etwas dagegen unternehmen. Ganz ehrlich – ich wünschte, wir hätten nur ein Imageproblem.“

— ANNE RABE, Autorin und Festrednerin des Sächsischen Förderpreis für Demokratie 2024

Bürgermeisterin Kerstin Schöniger und die Leiterin des ROWI-Labors, Babett Ludwig nehmen den Kommunenpreis für die Stadt Rodewisch entgegen.



*Die Preisträger*innen des Sächsischen Förderpreises für Demokratie 2025.*



FOTOS: Ellen Isabell Richter

Am 6. November 2024 wurde in Dresden der Sächsische Förderpreis für Demokratie von der Amadeu Antonio Stiftung, der Freudenberg Stiftung, der Sebastian-Cobler-Stiftung sowie der Dirk-Oelbermann-Stiftung verliehen. Seit 2007 werden mit dem Preis Initiativen ausgezeichnet, die sich in Sachsen gegen Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit einsetzen.

Der mit 5.000 Euro dotierte Hauptpreis 2024 ging an Die Bunten Perlen Waldheim. Die Initiative aus etwa 18 Mitgliedern stellt sich in



Grußrede der Staatsministerin Katja Meier.

der Kleinstadt Waldheim rechtsextremen Aufmärschen entgegen, die dort montags unangemeldet stattfinden. Dabei haben sie mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die ihnen von der Verwaltung gemacht werden, und müssen den Mut aufbringen, sich öffentlich gegen Menschen zu positionieren, die ihnen später an der Supermarktkasse begegnen. Trotzdem finden sie immer wieder neue Möglichkeiten, sich zu vernetzen und kreativ zu protestieren.

Als Kommune der Demokratie 2024 wurde Rodewisch im Vogtland geehrt. Mit dem ROWI-Stadtbüro und dem ROWI-Labor haben die Bürgermeisterin und ihre Mitarbeitenden eine Kombination aus niedrigschwelligem Rathaus und Veranstaltungsort



Bernadette la Hengst und die Bürger:Bühne Dresden begleiten musikalisch durch den Abend.



*Im Publikum: Vertreter*innen der auslobenden Stiftungen und Festrednerin Anne Rabe.*

in der Rodewischer Innenstadt entwickelt. Dort können Bürger*innen Fragen zu Formularen stellen, gelbe Müllsäcke abholen, Workshops und Vorträge besuchen und sich zum gemeinsamen Wandern verabreden. Dieses hoch engagierte Projekt stärkt Partizipation und Demokratiebewusstsein in Rodewisch, indem es Menschen ins Gespräch bringt und gleichzeitig Kommunalpolitik für alle zugänglicher und verständlicher macht.

Anerkennungspreise gingen an das Projekt Mahngang Täter*innen-

spuren, in dem sich die Beteiligten gegen das Vergessen der Nazi-Geschichte Dresdens stark machen, an Bon Courage e. V. aus Borna für die langjährige und standhafte Unterstützung geflüchteter Menschen, an Happy Monday Bautzen für ihr kreatives und vielfältiges Kulturangebot gegen rechtsextreme Raumnahme sowie an CSD Görlitz/Zgorzelec für die Sichtbarmachung und Unterstützung von queerem Leben in Polen und Deutschland.

Der mit 3.000 Euro dotierte Peter-Henkenborg-Preis für die Didaktik der politischen Bildung wurde dem Projekt b:all inclusive von anDemos e. V. verliehen, das jungen Menschen über das Basketballspielen verschiedene Methoden der Demokratie vermittelt.

Gerahmt wurde die Preisverleihung musikalisch von Bernadette la Hengst und durch die Festrede der Autorin Anne Rabe sowie Grußreden von Staatsministerin Katja Meier und Joachim Klement. ●

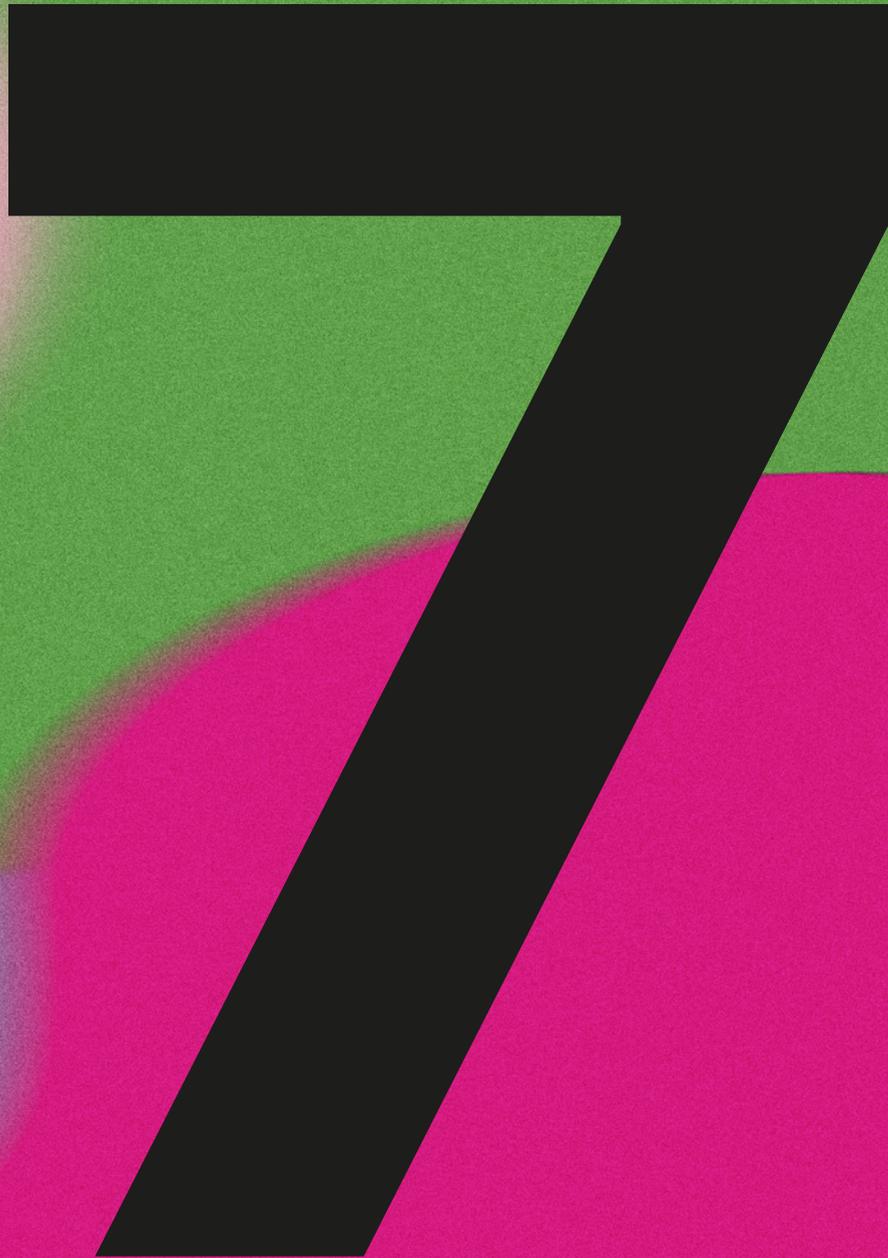
Sächsischer Förderpreis



Video der Preisverleihung 2024 auf Youtube



FOTOS: Ellen Isabell Richter



WIE WIR UNSERE ARBEIT
FINANZIEREN

„Wir erleben eine Zeit, in der demokratisches Engagement mehr denn je unter Druck steht – auch finanziell. Wer eigene Handlungsmöglichkeiten sucht: Spenden sind ein starkes Statement für eine offene Gesellschaft und ermöglichen konkrete Hilfe dort, wo sie am dringendsten gebraucht wird.“

— LARS REPP, Vorstand der Amadeu Antonio Stiftung



Lars Repp, Vorstand der Amadeu Antonio Stiftung

Wie wir unsere Arbeit finanzieren: Interview mit Lars Repp

Wie hat sich die finanzielle Situation der Amadeu Antonio Stiftung im vergangenen Jahr entwickelt?

Die gesellschaftlichen Herausforderungen sind exponentiell gestiegen – und damit auch unser Finanzierungsbedarf. Die Einnahmen aus Spenden sind gestiegen, sodass wir unsere Arbeit ausbauen konnten. Drittmittel

sind weiterhin eine wichtige Säule, bringen aber hohe bürokratische Anforderungen mit sich. Zudem verstärkt sich der politische Druck auf Fördermittel für zivilgesellschaftliche Arbeit. All das erschwert die langfristige Planung und könnte dazu führen, dass wichtige Arbeit in Zukunft nicht mehr finanziert werden kann. Trotzdem konnten wir viel bewegen – in der Programmarbeit, in der direkten Unterstützung von Betroffenen und in der politischen Bildung.

Gibt es neue Herausforderungen in der Finanzierung der Stiftung?

Die politische Debatte über die „Neutralität“ von zivilgesellschaftlichen Organisationen birgt Risiken für Fördermittel. Rechts-extreme versuchen gezielt, demokratische Projekte finanziell unter Druck zu setzen. Da sie sehr erfolgreich darin sind, ihre Themen zu platzieren, wollen und müssen wir kommunikativ sehr viel schneller werden. Dazu kommt, dass einige langjährige Förderprogramme nicht verlängert werden oder ihr Fortbestehen unsicher ist. Gleichzeitig steigt aber die Bereitschaft in der Gesellschaft, Engagement gegen Rechtsextremismus finanziell zu unterstützen. Wir müssen stärker in die direkte Ansprache von Förderern und Spender*innen investieren, weil sie unsere Unabhängigkeit sichern.

Welche Rolle spielen Spenden im Vergleich zu Drittmitteln?

Drittmittel sind oft projektgebun-

den und haben strikte Vorgaben. Ohne Spenden könnten wir auf akute Entwicklungen – zum Beispiel nach rechtsextremen Anschlägen – nicht so schnell reagieren. Ein gutes Beispiel ist Kommunikationsarbeit, die sich nach der jeweiligen aktuellen Lage richtet. Wenn man dafür Drittmittel beantragen müsste, wäre man als Organisation schnell bedeutungslos. Wir haben auch Projekte, zum Beispiel zu Antifeminismus, Verschwörungsideologien und Rechts-extremismus, gestartet, bevor große Förderprogramme das Thema aufgegriffen haben. Und schließlich ist Unterstützung für Engagierte in ländlichen Regionen oft nicht förderfähig, aber mit Spenden möglich. Wir wünschen uns, dass der Anteil der Spenden wächst, um unsere Arbeit nachhaltig abzusichern.

Was wird mit den Spendengeldern finanziert?

Spendengelder fließen in die gesamte Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung. Einerseits finanzieren sie die direkte Förderung von Betroffenen rechter Gewalt und Engagierten vor Ort und andererseits die eigene Arbeit von Forschung über Publikationen bis hin zu Bildungsarbeit. Spenden sorgen dafür, dass wir langfristig planen und nachhaltige Strukturen aufbauen können. Spender*innen haben zudem die Möglichkeit, gezielt das Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus oder die Arbeit für

Demokratieförderung in lokalen Projekten und Initiativen zu unterstützen.

Warum ist finanzielle Flexibilität so wichtig?

Ohne eine stabile, unabhängige Finanzierung ist die Arbeit der Gesamtorganisation schlicht unmöglich. Spenden finanzieren auch wichtige Grundstrukturen, die nicht durch Drittmittel abgedeckt sind. Sie schaffen Raum für Gestaltung und sichern eine reibungslose Infrastruktur, beides Voraussetzungen für das Funktionieren einer Organisation. ●

Die Amadeu Antonio
Stiftung in Zahlen

3,2 Mio.

Euro Spendeneinnahmen
aus Zuwendungen von mehr als
6.600 Spender*innen

„Transparenz, Wirkung und Vertrauen
sind die Grundlage unserer Arbeit.
Als gemeinnützige Organisation sind wir
dem verantwortungsvollen Umgang
mit Spendengeldern verpflichtet – für eine
starke, demokratische Gesellschaft.“

Lars Repp, Vorstand

143

Mitarbeiter*innen an
vier Standorten

87 %

der Kosten aufgewandt für
die Programmarbeit

13 %

Kostenanteil für
Kommunikation, Fundraising
und Verwaltung | Stabile
Entwicklung gegenüber 2023

*Der Jahres-
abschluss
und weitere
Kennzahlen
auf unserer
Webseite:*



9,1 Mio.

Euro staatliche
Förderung
und institutionelle
Zuwendungen
für die Durchführung
von mehr als

40

Projekten, Kampagnen und
Forschungsarbeit

Gemeinnützig & transparent

—
Folgt der freiwilligen Selbstver-
pflichtung der Initiative *Transparente
Zivilgesellschaft* seit 2010

—
Unabhängige Prüfung der Finanzen
und Buchführung

Die AMADEU ANTONIO STIFTUNG bedankt sich

Das Vorstandsteam
Timo Reinfrank,
Tahera Ameer und
Lars Repp



FOTO: Peter van Heesen

„Demokratie kann nicht von einer Person oder Organisation allein erkämpft, erhalten und belebt werden. Wir verstehen uns als Teil einer Bewegung und wir wollen noch viel mehr werden. Dass Sie bei uns sind, gibt uns die Kraft und die Wirksamkeit, die wir brauchen. Danke!“

— TAHERA AMEER, LARS REPP und TIMO REINFRANK,
Vorständ*innen der Amadeu Antonio Stiftung

„Unser Dank geht an alle Spen-
der*innen. Ihre Spenden ermögli-
chen die Arbeit der Amadeu Anto-
nio Stiftung jeden Tag aufs Neue.
Wir bedanken uns besonders bei al-
len Mitgliedern des Freundeskreises
der Amadeu Antonio Stiftung und bei
allen, die unsere Arbeit mit regelmä-
ßigen Spenden unterstützen. Wir be-
danken uns bei allen Unternehmen,
die zum Beispiel anstelle von Ge-
schenken zum Jahresende spenden,
bei Künstler*innen und Musiker*in-
nen, die bei ihren Auftritten Spenden
für uns sammeln, bei Startups und
Privatpersonen, die Spendenaktio-
nen für uns durchführen – ob es die
Radtour quer durch Deutschland ist,
die Rallye zum Nordkap, ein Kebap
Rave, eine Weinverkostung oder eine
Hochzeit. Wir bedanken uns auch bei
denjenigen, die uns bereits in ihrem
Testament bedacht haben. Ohne Sie,
ohne Euch alle wäre unsere Arbeit für
eine menschenfreundliche Gesell-
schaft nicht möglich.“

Was Sie tun können

Wir hoffen, dass die Lektüre dieses Berichts Sie mit Informationen und Anregungen versorgt hat, dass Sie Hoffnung geschöpft und Lust bekommen haben, sich zu engagieren, und vielleicht zu der Einschätzung gekommen sind: Die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung soll weitergehen! Die Stimmen aus der Praxis, die Zahlen aus den Statistiken, die Beispiele aus der Programm-

arbeit, die Forschungstätigkeit und Publikationen, Tagungen, Workshops und Kampagnen – all das hat Ihnen sicher die Wichtigkeit unseres Einsatzes verdeutlicht. Es lohnt sich, für eine demokratische Gesellschaft zu streiten, im Großen wie im Kleinen. Dem Gefühl von Hilflosigkeit setzen wir Solidarität, Expertise, Information und fühlbare Unterstützung entgegen.

Alles beginnt mit Ihrer Spende. Mehr denn je sind Spenden essenzieller Bestandteil unserer Finanzierung. Sie sichern die Zukunft und Unabhängigkeit unserer Arbeit, damit wir uns weiterhin gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren können. Zusammen.

Seien Sie dabei. Verschenken Sie eine Spende an Ihre*n Liebe*n oder werben Sie Freund*innen. Werden Sie durch Ihre Spende Teil unserer Gemeinschaft von Unterstützer*innen. Ganz besonders helfen uns regelmäßige Spenden, unsere Arbeit langfristig und gezielt fortzusetzen.

Wenn Sie die Arbeit der AMADEU ANTONIO STIFTUNG bereits regelmäßig unterstützen, prüfen Sie Ihren Beitrag. Können Sie mehr ermöglichen?

WAS SIE TUN KÖNNEN

Gemeinsam machen wir Rückenwind für die Demokratie!



Spendenseite

Beitrittsformular
Freundeskreis

Anlassspenden

Spendenkonto:

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00

BIC: GENODEM1GLS

Wenn Sie uns mit der Spende auch Ihre Adresse mitteilen, schicken wir Ihnen gerne eine Spendenbescheinigung zu.

amadeu-antonio-stiftung.de/spenden

spenden@amadeu-antonio-stiftung.de

DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG:

ist anerkannte Trägerin:



ist Mitglied im:



folgt der:



Erhaltene Förderungen 2024

Gefördert vom  Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms **Demokratie *leben!***

 Bundeszentrale für politische Bildung



Gefördert durch:

 WELTOFFENES SACHSEN

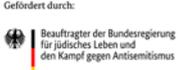
STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT

 Freistaat SACHSEN

Gefördert durch  BERLIN

im Rahmen von  DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.

Gefördert durch:

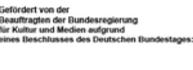
 Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus

 Marie Skłodowska-Curie Actions

 Antidiskriminierungsstelle des Bundes

 Landespräventionsrat Niedersachsen

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages:

 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

 Landesdemokratiezentrum niedersachsen

gefördert durch  Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte

 ZADA

Das Deutsche Zentrum für eine Gesellschaft ohne Antisemitismus, Diskriminierung und Ausgrenzung

 Demokratie-Stiftung CAMPACT

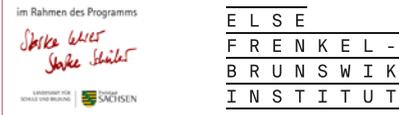
 Z:T
Zusammenhalt durch Teilhabe

BERLIN GEGEN GEWALT
Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Gefördert durch:  Bundesministerium des Innern und für Heimat

 be.mim Berlin

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

im Rahmen des Programms  ELSE FRENKEL-BRUNSWIK INSTITUT

BertelsmannStiftung

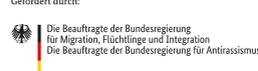
 DIRK OELBERMANN STIFTUNG

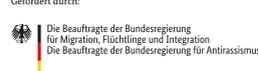
 SEBASTIAN COBLER STIFTUNG für Bürgerrechte

Niedersächsische LOTTO-SPORT-STIFTUNG
Bewegen · Integrieren · Fördern

Funded by The Research Council of Norway

 LEIBNIZ STIFTUNG

Gefördert durch:  Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

 Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

STIFTUNG MERCATOR

GEFÖRDERT VOM  Bundesministerium für Bildung und Forschung

STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR DEMOKRATIE EUROPA UND GLEICHSTELLUNG

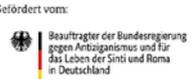
 Freistaat SACHSEN

 TikTok

FREUDENBERG STIFTUNG

Freistaat Thüringen Staatskanzlei

Landeshauptstadt Hannover

Gefördert vom:  Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland

 Niedersächsisches Justizministerium

IMPRESSUM
 AMADEU ANTONIO STIFTUNG
 vertreten durch den
 Vorstand: Tahera Ameer, Timo
 Reinfrank, Lars Repp

Novalisstr. 12, 10115 Berlin
 info@amadeu-antonio-stiftung.de

**Demokratie
bekommt
Rückenwind!**

